

Holzarbeiter = Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich.
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.
zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3309.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate f. d. viergespalt. Zeile ob. deren Raum 80 A.
Bergügnungs-Anzeigen 15 A, Versammlungs-
Anzeigen und Stellenvermittlungen 10 A pro Zeile.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

Zuzug ist streng fernzuhalten: Von Tischlern nach Prankenthal (Werkstätte von V. M. G. Hof), Eisenberg i. S.-M. (sämmliche Tischfabriken), Kassel (Werkstätte Preuss); von Möbelschreibern und Bildhauern nach Frankfurt a. M. (Höfmannfabrik von Schneider & Panau); von Kammmachern, Hornarbeitern und Drechslern nach Arnstadt i. Th. (Firma Möbelfabrik); von Knopfmachern nach Schmöln S.-M. (Fabrik von Krug & Co.); von Bürstenmachern, Kohlern, Drechslern und Polirern nach Todtnau i. Wiesenthal (Fabrik Falder); von Schreibern und Parquetbodenlegern nach Tübingen (Werkstätte von G. Schmidt); von Bürstenmachern nach Darmen (Werkstätte von P. Wolff); von Korbmachern nach Brauk.

Wir erwarten aus vorstehenden Orten mindestens alle zwei Wochen eine Mittheilung über den Stand des Streiks oder die Aussperrung; im anderen Falle streichen wir die Orte ohne Weiteres. Die Red.

Rückblick auf die im Jahre 1896 geführten Kämpfe in den Branchen der Holzbranche.

Es war ein kampfreiches Jahr für den deutschen Holzarbeiterverband, das nun in wenigen Tagen seinem Ende zuneigt. Wie konnte es auch anders sein. Nach Jahre langer Krise — unter der die Angehörigen der verschiedensten Branchen in der Holzindustrie vornehmlich zu leiden hatten — ein voraussichtlich nicht lange andauernder Geschäftsaufschwung, und daher überall das Bestreben, denselben nach Möglichkeit auszunutzen. Nicht alle Streiks wurden geführt zwecks Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen; eine ganze Anzahl waren Abwehrstreiks, theils um Lohnreduktionen und Verlängerung der Arbeitszeit zu verhindern, theils um die Zurücknahme von Entlassungen organisirter Kollegen zu erzwingen, und in mehreren Fällen handelte es sich um Zurückweisung des Verlangens der Arbeitgeber: Austritt der Arbeiter aus ihrer Organisation. Streiks fanden nach unserer Aufzeichnung in diesem Jahre in 195 Orten statt, in einzelnen wiederholt, theils sogar in den gleichen Werkstätten.

Tischler allein streikten in 66 Orten; allgemein in 26, nur auf Werkstätten vertheilt in 40 Orten. Größere allgemeine Streiks waren in Berlin und Bornbrunn, Leipzig, Stuttgart, Jülich, Burg, Halle, Neuenhagen, Dortmund, Mülhausen i. E., Mannheim, Offenbach i. B., Wismar, Essen, Plauen, Jüssenhausen und Köln. Werkstättenstreiks in größerem Umfange kamen in Betracht in Rottbus (Firma Mittag), Lübben (Firma Morgenstern), Herford (Kapka), Regensburg (Wild & Kaiser), Frankfurt a. M. (Schneider & Panau). In allen übrigen Fällen handelte es sich nur um wenige Kollegen. In Berlin, Steglitz, Burg, Leipzig und Jüssenhausen wurden sämmtliche Forderungen der Kollegen bewilligt, in anderen Orten zum Theil, in mehreren wurde der Streik durch Vergleich beigelegt, in Oldenburg wurde die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit ohne Streik bewilligt.

Stuhlbauer, Polirer u. c. befanden sich in 13 Orten im Streik. Von diesen währte der Streik in Lauterberg 23 Wochen. Sein Verlauf ist bekannt. Die Organisation, aus der die Arbeiter austreten sollten, ist von den Fabrikanten anerkannt worden.

Von den Drechslerstreiks sind als größere nur die in Berlin, Nürnberg, Stuttgart und Leipzig bemerkenswerth. Alle vier endeten mit einem Siege der Kollegen. In einer ganzen Reihe von Orten befanden sich die Drechsler mit Stuhlmachern, Tischlern und Bürstenmachern gemeinsam im Streik.

Zwischen Bürsten- und Pinselmachern und deren Arbeitgebern bestanden in 13 Orten Differenzen, so in Nürnberg, Erlangen, Neu-Ruppin. In den nicht genannten Orten handelte es sich um Werkstätten-

streiks, von denen der bei Pensberger & Co. in München am längsten währte und auch die meisten Personen an ihm theilhaftig waren. Dieser Streik wurde durch Vergleich erledigt; die Forderungen der weiblichen Mitglieder konnten nicht aufrecht erhalten werden und blieben unberücksichtigt. Zu Gunsten der Arbeiter wurden die in Nürnberg, Berlin und Erlangen beendet. Kammmacher hatten in einzelnen Orten und Werkstätten gleichfalls Differenzen, so in Erlangen und Berlin (Reiche).

Knopfdrechsler legten die Arbeit nieder in Schmöln (Hölke und Krug & Co.). Erstere Firma hat die Forderung der Arbeiter bewilligt, bei letzterer ist die Differenz noch unentschieden.

Mit Ausnahme des großen 13wöchentlichen Streiks in Hamburg und Altona hatten die Korbmacher nur Plänkelfechte zu bestehen und zwar noch in neun Orten. Darunter in Dranienburg (Wwe. Fechner) zweimal. Der Streik in Hamburg und Umgegend war so gut wie verloren. Mit einem vollständigen Siege endete nur der in Königssee (Thüringen); über mehrere Werkstätten an anderen Orten wurde Sperre verhängt, was die Arbeitgeber zum Theil veranlaßte, die Forderungen zu bewilligen. Die Korbmacher in Berlin erzielten einen theilweisen Erfolg.

Von gleicher Bedeutung wie der Lauterberger Stuhl- arbeiterstreik ist der Streik der Musikinstrumenten- arbeiter in Berlin. Er dauerte von Ende April bis 19. Oktober d. J. und kostete M. 53 000. Theilhaftig waren an demselben circa 3000 Arbeiter; er endete zu deren Ungunsten. Bekanntlich hatten die Fabrikanten einen Ring gebildet, welchem gegenüber die Arbeiter machtlos waren. Die Streikenden haben fest zusammengestanden, trotz geringer Unterstützung, mußten aber den Kampf aufgeben und der Kapitalübermacht weichen. Mehr als 100 Arbeiter, angeblich „Agitatoren“, sind mit Hilfe des schandlichen Systems der schwarzen Listen zum Tode am Hungertuche verurtheilt worden. Der Beschluß, die „Agitatoren“ nicht wieder einzustellen, ist von den Fabrikanten am 3. Dezember d. J. erneuert worden, und wird jedes Mitglied des Fabrikantenringes, das gegen diesen Beschluß verstößt, aus demselben ausgeschlossen. Außerdem hatten Differenzen die Klavier- tischler in Erfeld (Firma Adam) und Bremen (Thein).

Stellmacher streikten in 9 Orten, davon allgemein in Bielefeld, Berlin, Wilhelmshaven, Offenbach a. M. und Stuttgart. Im letzteren Ort wurden die gestellten Forderungen der Kollegen ganz, in den übrigen, mit Ausnahme von Wilhelmshaven, zum Theil bewilligt. In diesem Ort ist der Streik resultatlos beendet; über einzelne Werkstätten ist die Sperre verhängt. In Karlsruhe bei Schmieder & Mayer streikten Stellmacher und Tischler gemeinsam. Ihre Forderungen wurden bewilligt. In Lemgo, Heilbronn und Wülster handelte es sich um einzelne Werkstätten.

Erwähnt seien noch die allgemeinen Kämpfe resp. Werkstättenstreiks in den nachfolgenden Spezialbranchen: Modelltischler in Neustadt i. M. und Lübeck (Schiffswerft), Sudenberg (Wendel), Felten (Landwirthschaftliche Maschinenfabrik); Glaser in Berlin, Leipzig, Weihen, Tübingen und Vörrach; Tischler auf photographische Apparate in Mulda (Nichter), Tischler in Stuhlfabriken in Eisenberg, Sachsen-Altenburg; Zimmerer, Mitglieder des Holzarbeiterverbandes in Osterode a. H., und Vörrach; Tischler auf Schiffswerke in Flensburg, Schönebeck a. E. und Aumund; die Zigarrenstickenmacher in Hamburg errangen einen vollständigen Sieg, ferner streikten solche in Breslau (Deter); Regulatortischler und Rahmenkröpfer in Leipzig; Vorstanzurichter in Leipzig (Halter &

Sperber); Perlmutterknopfdrechsler streikten in Frankenhäusen. In einer ganzen Reihe Orte befanden sich auch die Holzbildhauer mit den Tischlern und Drechslern gemeinsam im Streik, so vor Allem in Berlin und Stuttgart; wo es sich um Fabriken mit Maschinenbetrieb handelte, waren auch die an den Maschinen beschäftigten Hilfsarbeiter mit einbezogen.

Größere Streiks hatten unsere ausländischen Kollegen zu führen in Wien: Stock, Perlmutter- und Holz- drechsler. Infolge der Koalition der Unternehmer konnten sie nur minimale Erfolge erringen. In Bodenbach (Böhmen) streikten Steinnußknopfdrechsler, in Basel und Kopenhagen die Holzdrechsler, in Budapest die Pfeisendrechsler und in Prag die Holzdrechsler und Tischler gemeinsam. Tischler streikten in Basel, Teischen, Prag, Lausanne, Lemberg, Meran, Kralau, Wien, Richtenstadt (Böhmen), Dront- heim (Norwegen), Luzern und Brüssel. Am Streik in letzterem Orte waren mehr als 8000 Kollegen theilhaftig, er mußte aber nach dreimonatlichem schweren Kampfe als aussichtslos beendet werden. Auch in Luzern und Meran unterlagen die Streikenden, in den übrigen Orten sind theilweise Erfolge erzielt worden. Werkstättenstreiks fanden noch statt in Sofia (Bulgarien) Zürich, Genf und Budapest. An größeren Bürsten- macherstreiks sind uns solche in Glasgow (Groß- britannien) und Sens (Frankreich) bekannt. Mit theilweisem Erfolg streikten die Wiener Stellmacher.

Vollständig sind diese Aufzählungen nicht; immerhin zeigt sich, daß auch die Kollegen im Auslande bestrebt sind, ihre Lebenslage zu verbessern, mindestens aber eine Verschlechterung derselben abzuwenden.

Wenn auch die in Deutschland von unseren Kollegen geführten Lohnkämpfe resp. Abwehrstreiks nicht alle mit einem vollständigen Siege geendet haben, so kann der Verband im Allgemeinen dennoch mit den Erfolgen zufrieden sein. Nur verhältnismäßig wenige Kämpfe waren erfolglos, was theils an der mangelhaften Organisation und im Weiteren an dem Zuzug von Streikbrechern lag. In einzelnen Fällen waren es die am Streik theilhaftigen Kollegen selbst, die durch unberechtigte Fahnen- flucht sicheren Erfolg vereitelten, so bei Schneider & Panau in Frankfurt und anderen Orten. In mehreren Fällen hat auch die mangelnde Unterstützung seitens der Zentral- streikklasse, die vollends infolge des Lauterberger Streiks in Anspruch genommen war, zu dem Mißlingen beigetragen. Sicher hätte der Bürstenmacher- und Drechsler- streik in München (Firma Pensberger) und auch andere einen günstigeren Verlauf genommen.

Ob die Aussichten, siegreiche Kämpfe durchzuführen, im nächsten Jahre günstiger sein werden, entzieht sich heute noch unserer Berechnung. Das wird ganz von der Agitation, Organisation und den zu Lohnkämpfen erforderlichen Mitteln abhängen; aber auch nicht minder von der mehr oder weniger guten Organisation der Arbeitgeber. Wir haben im Laufe dieses Jahres die Erfahrung gemacht, daß die Unternehmer, so sehr sie sich im Konkurrenzkampfe auch gegenseitig in den Haaren liegen mögen, wenn es gilt, gegen die Arbeiter Stellung zu nehmen, sind sie ein Herz und eine Seele. Das zeigte sich in Lauterberg bei den Stuhlfabrikanten und in Berlin bei den Musikinstrumenten-Fabrikanten. In beiden Orten gaben die Streiks erst Veranlassung zu der Ringbildung, die den Streik in Berlin unmöglich machte und dem in Lauterberg viele Schwierigkeiten bereitete und den Verband fast zum Verbluten brachte. Möge das unseren Mitgliebrern eine Lehre sein, gleichfalls wie Pech und Schwefel zusammenzuhalten und angesichts der eifrigen Organisation der Arbeitgeber auch ihrerseits für eine immer größere Ausbreitung

ihrer Organisation, für eine größere Anhäufung der Kampfmittel Sorge zu tragen. Beides ist unerlässlich; das Eine bedingt das Andere, selbst das größte Heer kann besiegt werden, wenn es keine Munition hat, Angriffe zurückzuschlagen zu können und um sich im Kampfe zu behaupten. Je enger und fester sich die Unternehmer zusammenschließen, um so mehr sind sie im Stande, infolge der ihnen zur Verfügung stehenden Geld- und sonstigen Machtmittel die Angriffe der Arbeiter zu parieren und sie niederzuzwingen. Das beweist sehr deutlich der Hamburger Hafenarbeiterstreik. Um so mehr ist es aber Pflicht der Arbeiter — und in ihrem Eigeninteresse unumgänglich geboten — von den Unternehmern zu lernen und gleichfalls sich zu koalieren. Was den Unternehmern zu Gute kommt, nämlich die Fürsorglichkeit der Behörden, das muß bei den Arbeitern das Solidaritätsgefühl, der gegenseitige Beistand ersetzen. Mehr als je wird das im kommenden Jahre der Fall sein und nicht allein in den Berufen der Holzindustrie. Die Stellungnahme des Hamburger Arbeitgeber-Verbandes gab nach dieser Richtung hin sehr ernste Fingerzeige, und die Antelegraphirung desselben seitens des Berliner Verbandes der Eisenindustriellen: nicht nachzugeben, bestätigt unsere vorhin geäußerte Befürchtung vollkommen.

Was nun die in diesem Jahre gemachten Fortschritte in unserer Organisation anbetrifft, so können wir auch damit zufrieden sein. Während die Mitgliederzahl am Schlusse des vorigen Jahres 29 115 betrug, war sie schon Mitte dieses Jahres auf 39 540 gestiegen und dürfte sich am Schlusse auf derselben Höhe erhalten haben. Das ist ein Zuwachs von mehr als 10 000 Mitgliedern, ein Resultat, das auch für die Folge zu den besten Hoffnungen berechtigt. Wie schon gesagt, kommt ein gut Theil des Zuwachses auf Konto der günstigen Geschäftskonjunktur, ein anderer Theil auf die rege Agitation der Kommissionen wie auf Konto der Agitationsthätigkeit jedes einzelnen Kollegen. Mögen Alle, die zu dem Aufschwung des Verbandes in diesem Jahre beigetragen, auch im kommenden in gleicher Weise thätig sein. Wenn jeder Einzelne seine Pflicht thut, Jeder seine besten Kräfte einsetzt für das Gedeihen des Ganzen, dann werden wir auch im kommenden Jahre Fortschritte machen und um so energischer für Erringung günstiger Arbeits- und Lebensbedingungen eintreten können.

Wir haben das Vertrauen zu unseren Mitgliedern, daß, wo sie ihre Aufgabe begriffen, nun auch unverrückt das zu erstrebende Ziel im Auge behalten und nicht eher ruhen und rasten werden, bis dasselbe erreicht ist.

Kollegen, Freunde! In diesem Sinne laßt uns, nachdem das alte Jahr zu Grabe getragen sein wird, auch im neuen Jahre wirken. Das alte Jahr war ein Jahr des Kampfes, das neue Jahr wird es nicht minder sein. Sorgen wir Alle, Jeder nach besten Kräften, für Anwerbung neuer Streiter in den uns bevorstehenden Kämpfen, damit wir am Schlusse des kommenden Jahres ausrufen können: Es war ein Jahr des Kampfes und des Sieges!

Profit Neujahr!

Zum achthündigen Normalarbeitsstag.

III.

a. Nachdem Dr. Kost die wirtschaftlichen Folgen des achthündigen Normalarbeitsstages in achtlicher Hinsicht kritisch erörtert hat, untersucht er noch im Besonderen die Folgen desselben für die Gesundheit und für das Kulturniveau der Arbeiter. Er erkennt die vortheilhaften Wirkungen für die Gesundheit an, glaubt aber nicht, daß eine soweitgehende Kürzung der Arbeitszeit aus rein hygienischen Gründen für alle Gewerbe notwendig sei. Deshalb hält er sich bei seiner Prüfung zunächst an die gesundheitschädlichsten Industrien und sucht mittels statistischer Nachweise deren Schutzbürftigkeit zu begründen, auch hierbei hätte er die Statistik ganz anders ausnutzen können; indeß ist dies mehr Aufgabe des Gewerbeingenieurs und gereicht dem Verfasser nicht zum Vorwurfe. Er resumirt auch hier, daß vom hygienischen Standpunkte der Achthunderttag oder doch mindestens eine Kürzung der bisherigen Arbeitszeit wünschenswerth sei. Freilich würden sich die erwarteten Wirkungen nur dann zeigen, wenn der Arbeiter das erlangene Maß an freier Zeit auch in vernünftiger Weise verwende. Das ist allerdings für die Bourgeoisökonomie die große weltbewegende Frage, an welcher Einer dieser Bekannten, der bekannte evangelisch-soziale Privatdozent Dr. Döberlein, sogar den ganzen Normalarbeitsstag scheitern ließ, weil er sich in den Kopf gesetzt hatte, die Arbeiter verstanden keinen vernünftigen Gebrauch von ihren Freizeitstunden zu machen und würden diese vielmehr gar zu sozialdemokratischer Agitation benutzen. Nun, wenn so energig urtheilt Dr. Kost war nicht, was scheint auch er die Empfindung zu haben, daß

man mindestens den Arbeitern gute Vorschläge machen müsse, ihre Freizeit in dieser oder jener Weise zur Stärkung ihrer Gesundheit und ihres Wohlstandes zu verwenden. So gut gemeint ihre Vorschläge (für Industriearbeiter, Gartenkultur oder landwirtschaftliche Beschäftigung) auch sein mögen, so haben doch die Arbeiter derartige Belehrungen niemals verlangt; vielmehr mag Herr Dr. Kost versichert sein, daß die Arbeiter, deren Drang nach Wohlstand und besserer Bildung diese große kulturelle Weltbewegung, die dem akademisch Gebildeten ihrer Zeit Gelegenheit giebt, ihren Geist daran zu wepen, erst inszenirt haben, daß diese Arbeiter am besten wohl selber werden entscheiden können, wie sie ihre Ertragschaften verwerten. So wenig sich unser gebildetes Bürger- und Gelehrthum über die Verwendung seiner viel größeren Freizeit Vorschläge machen läßt, so wolle man doch auch die Arbeiterschaft mit derartigen Zumuthungen verschonen.

Aber gänzlich verbergen kann der Verfasser seine instinktive Abneigung gegen die sozialistische Propaganda nicht, trotz seiner sonst so vorsichtigen Ausdrucksweise; nur poltert er nicht so unvorsichtig heraus, wie Dr. Döberlein, sondern er weiß seinen Schmerz in das Gewand der Hoffnung einzukleiden. Bei den kulturellen Folgen des Achthunderttages hofft er nämlich, daß der Arbeiter „in einzelnen Fällen“ seine Freizeit verwenden werde, um seine Bildung zu vertiefen und besonders seine politischen Anschauungen zu klären. „Würde es erst soweit kommen, daß die Arbeiter die an sie herantretenden politischen Fragen selbstständig zu beurtheilen lernten, dann wäre die Zeit der unbedingten Herrschaft der radikalen Sozialdemokratie über die Arbeiterwelt vorbei.“ Wir lesen diese armelige Hoffnung nicht zum ersten Male, (sie scheint eine Art Erlösungsglaube im konservativ-sozialen Lager zu sein), und haben daher auch keinen Anlaß, dieselbe einer ausführlichen Widerlegung zu würden. Nur Eins wollen wir dem guten Sozialistenböber verrathen, daß die klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeiter mit der Vertiefung ihrer Bildung nicht erst auf die Einführung des Achthunderttages warten, daß die Sozialdemokratie aber, die heute nur den Samen ausstreut, nach dieser Zeit ihre schönste Ernte erwartet. Und um zu entscheiden, wer Recht behält, mag der Herr Doktor nur eben so eifrig, wie wir, für die baldigste und ungeschmälerte Durchführung des Achthunderttages sorgen. Dann muß es sich ja zeigen.

Uebrigens glaubt Dr. Kost nicht unbedingt an günstige kulturelle Folgen des Achthunderttages; die ungünstigen Folgen, wie Müßiggang, Ausschweifungen, Perumtreiben etc., würden sogar dann mit Sicherheit überwiegen, wenn die Einführung des Achthunderttages wirtschaftliche Nachteile im Gefolge hätte, insbesondere wenn der Arbeitslohn dadurch sinken würde. Das klingt zwar recht plausibel, da nicht überall die Organisation der Arbeiter zur genügenden Stärke entwickelt sein wird, um nachtheilige wirtschaftliche Folgen zu verhindern. Je weniger man aber den Arbeitern das Ventil der Bewegungs- und Koalitionsfreiheit verschließt, desto eher wird der Organisationsgeist die roheren, niederen Triebe paralyfieren, und rechnet man diese erfreulichen Ausnahmen gegen die heutige Kulturunterdrückung infolge übermäßiger Auspöderung, so bleibt für den wahren Kulturfreund noch immer ein entschiedenes Plus übrig. Und dies dürfte doch den Ausschlag geben.

In Weiteren beantwortet der Autor die Frage: In welchen Staaten, bezw. Industriezweigen der Achthunderttag als Normalarbeitsstag eingeführt werden soll. Bei dieser Frage nach dem direkten Erfolge der Reformbewegung kommt die Rücksichtnahme des Verfassers auf die gegenwärtige Produktion am meisten zum Ausdruck. Die Furcht vor zu großer Belastung der Industrie und vor der möglichen Auswanderung des Kapitals überwiegt seine Arbeiterschuttsympathien derart, daß er nicht einmal den 12hündigen Normalarbeitsstag für allgemein durchführbar hält, so lange noch in Rußland und Indien 13—16hündige Arbeitszeiten vorkommen. Wenn das ein Argument gegen die allgemeine Arbeitszeitverkürzung sein soll, so hätte England niemals die Zehnstundenbill für die Textilindustrie einführen dürfen, denn England hat nie aufgehört, mit Indiens Textilfabrikaten zu konkurriren. Nach Dr. Kost's Meinung wäre der Achthunderttag höchstens für Australien durchführbar, da dort schon fast drei Viertel aller Arbeiter 8 Stunden pro Tag arbeiten. Die übrigen Industriestaaten müßten sich mit längerer Arbeitszeit begnügen und könnten höchstens fortschreitend dem Achthunderttage zustreben. So wäre für die Vereinigten Staaten von Nordamerika höchstens der gesetzliche Neunhunderttag möglich, für England der Elfhunderttag, nicht, wie man vielleicht glaubt, der Zehnhunderttag, und für Deutschland schlägt der große Sozialpolitiker höchstens den zwölfhündigen Normalarbeitsstag vor, da nach den

Fabrikationsberichten noch immer 12—16hündige Arbeitszeiten vorkämen. Uns erscheint diese Auffassung der Durchführbarkeit zum Mindesten sehr subjektiv; nachdem bereits die viel rückständigeren Industriestaaten Oesterreich und die Schweiz seit mehr denn einem Jahrzehnt den gesetzlichen Elfhunderttag für Fabriken eingeführt haben, ist eine solche Deduktion im höchsten Grade gewagt und hinfällig, denn der Einwand der reichlichen Ueberstundenbewilligung kann für die Begrenzung der Reform um so weniger in Betracht kommen, als auch das deutsche Unternehmertum selbst bei zwölfhündiger begrenzter Arbeitszeit noch Mittel und Wege finden würde, sich zahlreiche Ueberstunden zu sichern, wie dies schon jetzt bei dem Elfhunderttag für Arbeiterinnen geschieht. Der Heißhunger nach Mehrarbeit ist eben unbegrenzt und jede Nachgiebigkeit der Regierung steigert denselben ins Ungemessene. Der Arbeiterschutts- und Menschenfreund, dem die Arbeiterschuttsympathien mehr sind als bloße Titraden, um seine kapitalistischen Vasallendienste zu beschönigen, der aufrichtige Sozialhygieniker sollte sich denn doch zu einer energischeren Stellungnahme durchgerungen haben, als der Autor, der aus lauter Rücksicht auf das Unternehmertum seinen eigenen wissenschaftlich bekräftigten Forderungen den Kopf abhackt. Kann es da noch Jemand wundern, wenn kein Mensch, selbst die Unternehmer nicht und die Arbeiter am allerwenigsten, die Rathgebersozialisten ernst nehmen, vielmehr in der Regel über ihre selbstentwertheten Leistungen zur Tagesordnung übergehen?

Dr. Kost leugnet die Durchführbarkeit des allgemeinen Achthunderttages, hält dagegen seine Durchführung in einzelnen Gewerben aus sanitären Gründen für aussichtsvoller. Er hebt dabei eine Reihe der gefährlichsten Berufe hervor, in denen seiner Meinung nach der Achte-, Neun- oder Zehnhunderttag schon jetzt ohne Schwierigkeiten durchführbar wäre, und so schrumpft sein mit so großem Aplomb begonnener Reformfeldzug auf jenes Minimum an Arbeiterschuttforderungen herab, die bereits Verlepp's Reformprogramm bildeten und die durch § 120 e der Gewerbeordnung auch bereits prinzipiell anerkannt sind, ja zum Theil noch unter dasselbe, da unterdeß seitens der Reichskommission für Arbeiterstatistik der Maximalarbeitsstag für Berufe vorbereitet wurde, die Dr. Kost nicht in erster Linie berücksichtigt wissen will. So führt die stete Rücksichtnahme auf das Unternehmerinteresse den Rathgeberreformer zu dem aller schwächlichsten Ausguss von Sozialreform, und hätten wir nicht bereits den Elfhunderttag für Arbeiterinnen seit 4 1/2 Jahren durchgeführt, wahrlich, Dr. Kost würde sich vielleicht alle Mühe gegeben haben, uns zu beweisen, daß die auf weibliche Arbeitskräfte angewiesene Industrie dadurch zu stark belastet würde und daß in Rücksicht darauf, daß viele Mädchen und Frauen 14—17 Stunden arbeiteten, höchstens an einen 15hündigen Maximalarbeitsstag zu denken wäre. Wir meinen, gerade diese Einführung des Elfhunderttages müßte die bürgerlichen Theoretiker belehren haben, daß weitergehende Beschränkungen der Arbeitszeit sehr wohl durchführbar sind, daß es aber dazu einer unerschütterlichen Energie und einer wachsamem Gewerbeaufsicht bedarf, um dem Gezeke Respekt zu verschaffen. Mit der ängstlichen Achetträgererei stärkt man nur der schamlosen Ausbeutungsjucht das Rückgrat.

Der Verfasser erörtert im Weiteren die Wege der Einführung. Freiwillig durch die Unternehmer selbst sei dieselbe nicht zu erwarten, da der Konkurrenzkampf und der scharfe Klassengegensatz jede humane Stellungnahme derselben unterdrücken. Höchstens könne der Staat als Unternehmer in größerem Umfange den Achthunderttag in seinen Betrieben durchführen, wie dies in Australien, Nordamerika und in England zum Theil geschehen sei. Einen Rückschluß auf Deutschland unterläßt der Autor; wahrscheinlich ist ihm die Ausichtslosigkeit solcher Hoffnungen selber klar geworden. Auch die wirtschaftliche Einführung durch die Gewerkschaften verwirft er in der Einsicht, daß die Gewerkschaften wohl vorübergehend ansehnliche Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen können, aber keine Machtmittel haben, denselben für alle Zeit, auch während der Krisis, hochzuhalten, und daß gerade die der Arbeitszeitbeschränkung zumeist bedürftigen ungelerten Arbeiter auf diesem Wege die geringste Aussicht auf Erfolg hätten. So verbleibe der Weg der Gesetzgebung, dessen Verwirklichung und Nothwendigkeit er namentlich gegenüber der liberal-manchesterlichen Schule, den Brentano und Konsorten, vertheidigt. Besonders führt er auch die Abneigung gewisser Arbeitergruppen, wie der englischen Bergarbeiter von Durham und Northumberland, auf deren egoistische Motive zurück; sie stimmen gegen den gesetzlichen Achthunderttag, weil sie heute schon kürzer arbeiten und ihre geringen Vortheile nicht dem Gesamtschritt zum Opfer bringen wollen. Zum Schlusse erörtert der Verfasser die bisherigen Vorschläge der Arbeiter zur Durchführung des Achthunderttages, wobei er sich merkwürdiger Weise fast

gänglich auf den englischen Streit zwischen der Trade Option und der Trade Exemption beschränkt. Für Bourgeoisdoctrinäre freilich mag dieser Streit eine Fundgrube theoretischer Haarspaltereien sein, in Deutschland dagegen hat derselbe nicht den geringsten Widerhall gefunden, denn die deutschen Arbeiter sind nicht gewillt, derartige Reformen von zufälligen Mehrheitsbeschlüssen eines einzelnen Berufs abhängig zu machen. So können uns auch die Vorschläge der „Fabian Society“, dieser bürgerlichen Sozialdoctrinäre, die den Klassenkampf leugnen, am allerwenigsten imponieren. Um so seltsamer ist es, daß der deutsche Verfasser die Anträge der deutschen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf allmähliche stufenweise Durchführung des Achtstundentages für alle Gewerbe garnicht erwähnt, obgleich gerade dieser Vorschlag am ehesten den Bahn zerstreut, als wolle die Arbeiterklasse der Industrie über Nacht eine ganz ungeheuerliche Arbeitszeitverfälschung aufzwingen. Warum wohl dieses vorfichtige Schweigen? Sollte das die Taktik des Pfarrers Niumann sein, der beim Frankfurter Hafnarbeiterstreik in den dortigen Versammlungen kein Wort der öffentlichen Stellungnahme und Verteidigung fand, der aber auf seiner thüringischen Agitationstour garnicht genug von den hochberechtigten Forderungen der Frankfurter Hafnarbeiter zu reden wußte? Ja, ja, die liebe Rücksichtnahme, das ist die schwache Seite aller bürgerlichen Reformer. Welch eine Gefahr, wenn man den Herrn Doktor als „Sozialdemokrat“ denunzieren könnte. Darum keine entschiedene Stellungnahme zu deutschen sozialdemokratischen Anträgen; über ausländische Angelegenheiten dagegen kann alles Beliebige gesagt werden, das ist die Konsequenz der bürgerlichen Wissenschaft!

Damit sind wir am Ende unserer kritischen Würdigung. Trotz der vielen Aussetzungen, die der Klassenbewußte, sozialdemokratische Arbeiter an dem Werke machen wird, bleibt es als umfassende Spezialbehandlung einer der wichtigsten und aktuellsten Fragen der Arbeiterbewegung noch immer interessant und lesenswert, und sei es auch nur, daß die für den Achtstundentag kämpfenden Arbeiter daraus die Unzulänglichkeit der bürgerlichen Reformvorschläge und die Unzuverlässigkeit der doktrinären Bourgeoissozialisten erkennen. Die Arbeiterbewegung wird sich natürlich durch diese wissenschaftlichen Belehrungen weder von der Undurchführbarkeit ihrer weitergehenden Forderungen überzeugen, noch zur Einschränkung ihrer Vorschläge bewegen lassen. Was dem Fortschritt des Arbeiterschutzes dient, und sei es auch die kleinste Konzession, wie der Wäcker-Maximalarbeitslag oder der Achtuhr-Ladenstluß, das nehmen wir bereitwilligst an, aber wir fordern weit mehr und lassen die bürgerliche Gesellschaft auch nicht im Unklaren darüber, daß uns ihre gelegentlichen Abschlagszahlungen nicht entfernt befriedigen können. Und wir werden von nun an den achtstündigen Normalarbeitslag für alle Gewerbe nach Maßgabe der Pariser Forderungen mit aller Entschiedenheit, wirtschaftlich wie schutzgesetzlich, verlangen und erkämpfen, ohne Rücksicht auf die Eigeninteressen der Unternehmer und ohne Rücksicht auf die schwächlichen Kundgebungen bürgerlicher Arbeiterschutzeure; aber auch die Bremsversuche unserer politischen Genossen sollen uns nicht hindern, die als notwendig erkannten Forderungen mit der nötigen Beschleunigung zu propagieren. Darum auf zum Kampfe für den Achtstundentag.

Korbmacherei und Gefängnisarbeit.

In den 52 dem Minister des Innern unterstellten Strafanstalten sind zirka 1000 Sträflinge mit der Korbmacherei beschäftigt, das heißt soviel, daß durch die Konkurrenz der Gefängnisarbeit ungefähr 500 Kleinmeister, die die Korbmacherei als Handwerk erlernten, ihrer Existenz beraubt worden sind. In Preußen kommen hauptsächlich folgende Strafanstalten in Betracht: Münster mit 177, Köln 163, Herford 95, Hamm 73, Hameln 68, Celle 60, Werden a. d. Ruhr 59, Siegburg 38, Straubenz 38, Lichtenburg 30, Brandenburg 28 und Cronthal 25 Gefangenen. (Diese Zahlen sind dem Jahresbericht 1893/94 über die Lage der Gefängnisarbeit entnommen, da leider bis heute noch kein neuerer Bericht vorliegt.) Zu den eben angeführten Anstalten kommen nun auch noch die dem Justizministerium unterstehenden Strafanstalten (Zucht- und Korrektionshäuser).

Nun giebt es aber gewisse Personen, die stets einwenden, die Gefängnisproduktion sei ja als minderwertig bekannt und könne deshalb den freien Erwerb nicht schädigen. Diese befinden sich aber in gewaltigem Irrthum, denn sehen wir einmal hin nach Rheinland und Westfalen, dort finden wir fast gar keine Gefängnisarbeiter, und warum? weil in den Strafanstalten Münster, Köln, Werden und Hamm fast ausschließlich Korbmöbel fabrikt werden. Und die von den Strafanstalten Köln und Werden gelieferten Korbsessel sind kaum von denen eines gelehrten Korbmakers zu unterscheiden. Etwas anders gestalten sich

die Korbwaren der Strafanstalt Hamm, dort wurden bis Ende 1894 die größten Schundwaren geliefert, die je die Welt kennen gelernt hat. Daß bei solcher Musterwaare der Unternehmer dieser Anstalt, Herr S. Nölke, um Absatz zu erzielen, auch Scheuderpreise führen mußte, ist selbstverständlich, und man kann sich leicht enträthseln, warum auf dem Weihnachtsmarkt zu Dortmund große, halbrunde Sessel in gelb und schwarz mit Exportoriden für M. 5, und runde, in gleicher Arbeit, für M. 4,20 verkauft wurden. Auch Eindeckelkörbe von Weiden und Stroh, 10 Zoll im Boden, wurden für M. 2, und Damenkoffer aus Rastia mit zwei Lederriemen und zwei Griffen für M. 1,90 abgesetzt, und bei diesen Preisen erklärte der Verkäufer, Herr N., daß er noch mit seinem Verdienst zufrieden sei, denn die Arbeit kommt aus der Strafanstalt Hamm. Jetzt, natürlich nach dem Tode des früheren Unternehmers, werden in Hamm auch bedeutend bessere Korbwaren angefertigt, was auf Herrn Nölke jun. zurückzuführen ist. Wer will sich nun nach dieser Darstellung noch erlauben, zu behaupten, daß die Gefängnisarbeit dem freien Arbeiter keine Konkurrenz bietet?

Von der Gefängnisproduktion an Korbwaren in Preußen werden speziell Korbmöbel, Rohrlecht- und Rohrspalterei betroffen. Anders liegt die Sache in Bayern, dort waren schon 1891 6262 männliche und 967 weibliche Sträflinge mit Arbeitszwang detinirt, wovon auch ein guter Theil mit Korbmacherei, und zwar Galanteriefabrikwaren, beschäftigt war, und heute ist es noch weit schlimmer geworden. Die meisten Sträflinge beschäftigt in der Korbmacherei die Pfaffenburg in Kulmbach und Rosenau in Kronach. In ersterer Strafanstalt werden speziell Papier- und Blumenkörbe für die Lichtenseller Großindustriellen angefertigt. Schon im Jahre 1889 konnte man ganze Wagenladungen von Blumenkörben (Schweizer) von Pfaffenburg nach Lichtensell expediren sehen, und die dortigen Großindustriellen haben diese als Waaren der Korbmacher des Lichtenseller Bezirksamts nach dem Auslande versandt. Bei genauer Einsicht dieser Erläuterung muß wohl selbst ein Fanatiker, gleichviel, welche politische Gesinnung er hegt, zu der Ueberzeugung kommen, daß eine Reform der Gefängnisarbeit eine dringende Nothwendigkeit ist. Schon im Jahre 1893 reichte die deutsche Korbmachereinnung eine Petition an das preussische Abgeordnetenhaus ein, welche Aufhebung der Gefängnisarbeit im Korbmachergewerbe forderte. Aber was hat die Innung trotz der vielen schönen Versprechungen erreicht? Garnichts! Die Petition wanderte in den unerfütterlichen Papierkorb, und am 18. Februar d. J. begann das Klagegedicht: „Abschaffung der Gefängnisarbeit“, von Neuem. Die Petition aber wird sicher auch dieses Mal ihren alten, gewöhnlichen Weg gehen, wiewohl in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 21. März d. J. Herr v. Brodhhausen ihr die vollste Sympathie entgegen brachte. Die Herren von der Innung können sicher sein, daß sie mit ihren Petitionen ebenjowentig erreichen, als sie in der Lage sind, dem Handwerk den goldenen Boden wieder zurückzuerobern; da ist es vor Allem nöthig, daß man an zühändiger Stelle zu der Erkenntniß gelangt, daß die arbeitende Bevölkerung, vornehmlich die im Korbmachergewerbe beschäftigten Arbeiter, durch die Gefängnis Konkurrenz ganz eminent geschädigt werden, dann läßt sich vielleicht die Hoffnung hegen, daß Petitionen mehr als heute berücksichtigt werden. Aufhören wird die Gefängnisarbeit und ihre verderbliche Konkurrenz erst dann, wenn bessere Zustände im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben Platz greifen.

D a r m e n .

Carl Sey.

Milzbrandvergiftung im Bürsten- und Pinselmacher-Gewerbe.

Eine lebhafteste Beunruhigung hat sich der zahlreichen Arbeiter dieser Industrie bemächtigt. Wiederholte Todesfälle an einer der schrecklichsten Verunstaltungen, der Milzbrandvergiftung, sind die Ursache. Am Montag, den 30. November, fand in Nürnberg eine Versammlung von Pinselmachern statt, welche ein Spiegelbild der Beängstigung war, welche diese Arbeiter ergriffen hat. Nicht gedrängt kamen und fanden die Arbeiter und Arbeiterinnen, um einen Vortrag des Herrn Dr. Koch über Milzbrandvergiftung zu hören. Herr Dr. Koch bemerkte Eingangs, daß er der an ihn ergangenen Einladung gerne Folge geleistet habe, denn derartige Vorträge Sachverständiger können manchen Irrthum beseitigen und im Allgemeinen nur nützlich sein. Der Milzbrand war in seiner äußeren Erscheinung schon den Römern bekannt, wüßige Aufklärung über die Krankheit heizten wir aber erst seit der epochemachenden Entdeckung H. Kochs, welcher uns nachgewiesen hat, daß alle entzündlichen Krankheiten verursacht werden durch kleinste organische Wesen: Bakterien und Bazillen; deren ungläubliche Vermehrungsfähigkeit verbreitet die Entzündung mehr oder weniger rasch über den ganzen Körper; wo es nicht gelinge, diese kleinen Lebewesen abzutöden, räumen sie den Menschen zu Grunde. Redner besprach dann die verschiedenen Bazillen und ging über zu dem Krankheitserreger des Milzbrandes. Seiner äußeren Form nach gleicht der Milzbrand-Bazillus einer abgeplatteten Kugel, er befindet sich in den Paaren verwendeter Haare, besonders der Mäuler Pferde, Schafe und Schweine und kommt dadurch auch mit dem Menschen in Verbindung. Bauern, Metzger, Gerber, Pinselarbeiter unterliegen der Gefahr der Milzbrandvergiftung. Zu unterscheiden ist der äußere und der innere Milzbrand. Der äußere Milzbrand ist der weniger gefährliche, er kann, wenn rechtzeitig ärztliche Hilfe angewendet wird, geheilt werden. Immerhin lassen die erforderlichen operativen Eingriffe schwere Verunstaltungen zurück. Sofortige ärztliche Hilfe ist dringend geboten, denn sobald einmal der Brand die Lymphdrüsen ergriffen hat, ist eine Auswanderung in die Blutbahnen zu befürchten und das Leben des Patienten in Gefahr. Der innere Milzbrand nimmt stets einen tödtlichen Verlauf und vernichtet das Leben sehr rasch. Bei aufmerksamer Beobachtung

ist der äußere Milzbrand leicht zu erkennen. Es bildet sich auf der Hautoberfläche ein kleines weißes Bläschen, das bald zerfließt und eine gallertartige Flüssigkeit zurückläßt, über welcher sich bald eine Kruste bildet. Um diese Kruste bilden sich weitere weiße Bläschen, die alle den Entwicklungsprozeß durchmachen, wie das erste Bläschen. So vergrößert sich der Entzündungsheerd immer mehr und greift zugleich die unter der Haut liegenden Organe an. Der Arzt muß sofort energisch eingreifen, nur eine Operation kann das Leben des Kranken sichern. Es kann zwar vorkommen, daß eine Karunkel auch verheilt, aber das ist so selten, daß der Arzt auf diesen Zufall nicht rechnen darf. Eine Injektion des Körpers durch Einathmung des Giftes ist noch nicht erwiesen, es sei anzunehmen, daß die inneren Milzbrandvergiftungen immer die Folge direkter Zuführung des Krankheitserregers seien. Kein Arbeiter dürfe deshalb Borsten in den Mund nehmen, peinlichste Sauberkeit müsse den Arbeitern zur Pflicht gemacht werden. Es genügt nicht, nach beendigter Arbeit die Hände zu waschen, auch der Schmutz unter den Fingernägeln müsse beseitigt werden. Bei der unscheinbarsten Verletzung, bei den unbedeutendsten Bläschen oder Hautblüthen muß der Pinselarbeiter die Arbeit einstellen. Der Arbeiter sollte sich einen eigenen Arbeitsrod halten und stets denselben wechseln, wenn er zu Tische geht. Die Werkzeuge müssen mit viel mehr Giften und Bazillen umgehen, sie haben es mit allen Bazillen zu thun, sie können keinen strömenden Dampf auf die Patienten loslassen. Strömender Dampf sei bis jetzt das einzige bekannte Mittel zur Tödtung des Milzbrandbazillus. Aber diese Desinfektionsverträge nicht jedes Rohmaterial. Helle und graue Borsten leiden nicht. Rohhaare verlieren durch die Desinfektion 14 Prozent des Gewichts. Weiße und bessere Borsten leiden besonders. Die Güte der Nürnberger Arbeit müßte leiden, nicht einmal von Reichswegen lasse sich das durchführen, das Ausland würde uns auslachen und die Industrie an sich reißen. Derartige Schutzmaßregeln müssen international vereinbart werden. Die Wissenschaft drängt dazu, aber wir sind davon noch sehr weit entfernt. Selbstschutz muß vorläufig die Lösung der Arbeiter sein. Ziel sei schon gesehen, wenn die vom Magistrat in allen Betrieben angehefteten „Warnungen“, die durchaus zweckmäßig sind, beachtet werden. Lebhafter Beifall folgte diesen Ausführungen.

Nach Herrn Dr. Koch ergriff Arbeitersekretär Segitz das Wort. Der Vortrag des Herrn Redners habe ihn in seinem ersten Theile sehr interessiert, er habe aber bestimmt erwartet, der Herr Vorsitzende werde zu dem Schlusse kommen, daß alles Rohmaterial desinfiziert werden müsse. Statt dessen empfiehlt Herr Dr. Koch den Arbeitern Selbstschutz. Der Vergleich zwischen einem Arzt und einem Arbeiter hinkt denn doch zu stark, als daß er ernst genommen werden könnte. Gewiß sei auch der ärztliche Beruf ein sehr gefährlicher, der viele Opfer fordere. Der Arzt aber verfügt über alle Mittel, welche die Wissenschaft zur Verhütung derartigen Gefahren gegenüber an die Hand giebt, und ist in ihrer Anwendung nicht beschränkt. Anders bei dem Arbeiter. Es sei ja schön, dem Arbeiter zu sagen, er solle sich einen eigenen Arbeitsrod halten. Wie viele Arbeiter giebt es aber, die nur einen Rod haben! Würde der Wechsel des Rodes wirklich die Gefahr beseitigen, müßte nicht vielmehr vor Allem die Wäsche gewechselt, die Kopfschnecke gereinigt werden? Um die Gefahr nur einigermaßen zu bannen, müßte jeder Arbeiter nach Schluß der Arbeit sich gründlich reinigen, jeden Tag haben und die Wäsche wechseln. Diese Vorschriften bestanden zur Zeit für die Queckilberarbeiter. Aber diese Arbeiter arbeiteten täglich höchstens sechs Stunden und hatten einen relativ hohen Verdienst: M. 30—50 die Woche. Wie steht es dagegen bei den Pinselarbeitern? 9 1/2 stündige Arbeitszeit, 1 1/2 stündige Mittagspause und ein Wochenlohn häufig unter M. 18. Die Queckilberarbeiter hatten in Wochenpausen Ferien, in welchen ihnen der volle Lohn bezahlt wurde; wann haben die Pinselarbeiter Ferien? In den Fabriken mangelt es an genügender Beschäftigung, für zehn bis zwölf Arbeiter ist nur ein Waschbecken vorhanden. Wenn alle Pinselarbeiter mit unbedeutenden Wunden von der Arbeit wegbleiben wollten, würde man sie einfach als Simulanten erklären und von den Krankenkassen ausschließen. Von den Arbeiterinnen war keine Rede, obwohl sie sich viel schwerer schätzen können als die Arbeiter. Solche Vorschläge nehmen sich in der Theorie recht schön aus, in der Praxis sind sie unfruchtbar. Es giebt nur ein Mittel, die Arbeiter vor dieser schrecklichen Krankheit zu schützen, das ist die Desinfektion alles Rohmaterials. Die Gefahr ist eine sehr große. In den Jahren 1892—93 kamen in Nürnberg 30 Milzbrandverunstaltungen vor, im laufenden Jahre 4 Todesfälle. Können angesichts solcher Thatfachen Rücksichten auf den Profit für die Unternehmer ausschlaggebend sein? Die Desinfektion giebt Mittel an die Hand, die Desinfektion anzuordnen. § 120 a der R.-G.-O. verpflichtet die Unternehmer, alle Einrichtungen zu treffen, welche dem Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter dienlich sind. § 120 d desselben Gesetzes giebt der Ortspolizei, § 120 e dem Bundesrath die Befugniß, diesbezügliche Vorschriften anzuordnen. § 222 des R.-St.-G.-B., welcher strafrechtliche Körperverletzung und Tödtung mit Gefängniß bis zu fünf Jahren bedroht, kann jetzt schon gegen Betriebsinhaber angewendet werden, welche die Desinfektion des gefährlichen Rohmaterials unterlassen. Zivilrechtlich bietet dann das A.-U.-R. in den §§ 99, 101, 111, 112, 113, 116 und 119 eine Handhabe zur Klage auf Schadenersatz über das U.-S.-G. hinaus. § 78 des U.-S.-G. giebt den Verurtheilten die Möglichkeit, die Desinfektion alles Rohmaterials anzuordnen. Die Arbeiter mögen sich energisch rühren, damit diese entsetzliche Krankheit von ihnen ferngehalten wird.

Es wandten sich dann eine ganze Anzahl Arbeiter gegen die Ausführungen des Herrn Dr. Koch. Energisch wurde bestritten, daß das Rohmaterial 14 pSt. durch Desinfektion an Werth verliere. Die Arbeiter wollen nicht länger tagtäglich der Gefahr ausgesetzt sein, einen elenden Tod zu sterben. Selbstschutz der Arbeiter ist unmöglich, die Vorschläge Dr. Kochs seien schon enthalten in den Warnungen, welche der Magistrat in den Betrieben anschlagen ließ. Daß die normale Haut unbedenklich für den Bazillus sei, ist widerlegt durch die Erkrankung eines Arbeiters, welche auf dem Rücken zum Ausbruch kam. Die Kontrolle ist eine ungenügende, die Visitatoren seien schon befriedigt, wenn die Karbonellase gefüllt sei, ob in der Flasche wirklich Karbol ist, davon überzeuge man sich nicht einmal. Die Firma Regensteiner habe wiederholt die jetzt schon angeordnete Desinfektion unterlassen. Die Kommission, welche eingesetzt sei, müsse Alles versuchen, um die Desinfektion auch der Borsten zu erreichen.

Korrespondent Dorn gab dann einen ausführlichen Bericht über die von der Kommission unternommenen Schritte. Sowohl die Disziplin wie das Reichsgesundheitsamt sind mit der Sache befasst worden. Vor einigen Wochen waren mehrere Abgeordnete des R. S. A. hier, um persönlich Einsicht von den Verhältnissen zu nehmen. Die Kommission werde die Sache energisch weiter betreiben, wenn sie in den Arbeitern eine Stütze finde. An diesen Bericht knüpfte sich wiederum eine lange Diskussion, die zur Annahme folgender Resolution führte:

Die am 30. November 1896 im „Contumaxgarten“ tagende öffentliche Versammlung aller in der Rüsterei- und Rüstindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen beschließt: In Erwägung daß seit einer Reihe von Jahren fortgesetzt Erkrankungen und Todesfälle an Milzbrandvergiftungen in unserer Industrie vorkommen, die selbst durch die von Seite des Stadtmagistrats Nürnberg angeordnete ortspolizeiliche Vorschrift vom 19. November 1894, welche bestimmt, daß ein Teil des Rohmaterials vor der Verarbeitung desinfiziert wird, nicht beseitigt wurden, sondern daß nur noch wenigen Wochen wieder zwei junge, hoffnungsvolle Menschenleben von dieser Krankheit dahingeroht wurden, ist die Versammlung nach reichlicher Ueberlegung zu der Ueberzeugung gelangt, daß nur durch Desinfektion des gesammten Rohmaterials diese heimtückische Krankheit zu beseitigen ist, und richtet an den Magistrat Nürnberg, sowie an das Reichsgesundheitsamt in Berlin die Aufforderung, ein diesbezügliches Gesetz zu erlassen. Sollte eine Desinfektion auf dem bisherigen Wege ohne Schädigung des Materials nicht möglich sein, so erwartet die Versammlung, daß unverzüglich Schritte gethan werden, um ein Desinfektionsmittel zu finden, mit welchem, ohne Schädigung des Materials, alles Rohmaterial desinfiziert werden kann, und ermächtigt die beschlossene Kommission, Alles zu veranlassen, um diese Angelegenheit in kürzester Zeit zum Abschluß zu bringen.

„Organisiert Euch!“

Diese Mahnung ist der Titel eines Artikels in einem Unternehmernorgan, der „Eisen-Zeitung“. Selbstverständlich ist sie nicht an die Arbeiter gerichtet, sondern an die Unternehmer. Wenn Erliere sich zwecks Wahrung und Förderung ihrer berechtigten Interessen organisieren, so halbigen sie „unbürokratischen“ Bestrebungen, wohingegen die Unternehmerorganisation immer dem „Schutze der Ordnung“ dient. Das ist die Grundidee des Artikels. Anknüpfend an den Gegenstand urf über die Organisation des Handwerks will er den Unternehmern den Werth der Organisation zum Bewußtsein bringen.

Epe wie unsere Leser mit dem von Bögen und tendenziösem Unfug freudigen Inhalt des Artikels bekannt machen, erscheint es notwendig, darauf hinzuweisen, wie man in weiten Kreisen des großen und kleinen Unternehmertums über die Wirkungen der geplanten Zwangsorganisation des Handwerks auf die Sozialdemokratie denkt. Gewerbetreibende und Firmen, Gewerbe- und Handelskammern haben in letzter Zeit in ihrem Gutachten über den Gegenstand der Befürchtung Ausdruck gegeben, die Zwangsorganisation werde lediglich der Sozialdemokratie nützen. Bürgerliche Blätter liberaler Richtung theilen diese Ansicht. Ja, vor Jahresfrist hat selbst die „Nordd. Allgem. Zeitung“ in einem hochoffiziösen Artikel Folgendes geschrieben:

Wenn von mancher Seite die Kunstverfassung als ein Bollwerk gegen das Umsichgreifen der Sozialdemokratie hingestellt wird, so liegt darin ein Widerspruch mit allen psychologischen und geschichtlichen Erfahrungen. Eine Fesselung des wirtschaftlichen Lebens, wie sie den Händlern als Ideal vorkommt, muß der Sozialdemokratie geradezu als Vorteil dienen. Und weiter ergibt sich aus der Geschichte mit hoher Wahrscheinlichkeit, daß der Befähigungsnaachweis nicht ein geeignetes Mittel ist, um dem Handwerk seinen goldenen Boden wieder zu verschaffen, daß also eine Erfüllung der zünftlerischen Forderungen den an sie geknüpften Hoffnungen nicht entsprechen würde. Eine Regierung, welche diesen Forderungen ohne Weiteres entgegenkäme, würde hierdurch unseres Erachtens sich dem Vorwurfe der Beschränktheit aussetzen. Und dieser Sachlage gegenüber erdreißet sich die zünftlerische Presse, den Staatssekretär des Innern und dessen Räte in beschimpfender Weise anzulagen!

Heute denken, wie die Vorlage beweist, die „maßgebenden Kreise“ anders.

Der Artikel der „Eisen-Zeitung“ nun stellt sich auf den Standpunkt, daß die Zwangsorganisation zur Bekämpfung der Sozialdemokratie notwendig sei. Da heißt es zunächst:

Es ist aus ziemlich gleichgültig, ob die einzelnen Bestimmungen mehr in die eine oder in die andere Richtung hin zu wirken vermögen. Die Hauptsache ist und bleibt die Organisation. Die Sozialdemokraten sind in diesem Punkte die rührigsten Vorbilder; Alles, was sie thun und lassen, geschieht in dem Schlagwort: Organisiert Euch, dann seid Ihr hart, dann könnt Ihr die bürgerliche Gesellschaft eines schönen Tages aus den Angeln heben. Was ihnen dieses antreibt und Euch an Stelle der Bürger zu Herren des Staates machen! Wie schon früher ausgeführt, wird Alles in den Dienst der Organisation gestellt, sogar der Streik und der Boykott. Es liegt den geistigen Führern der Sozialdemokratie nichts daran, ob durch einen Streik eine kleine Lohnverhöhung erzielt oder die Arbeitszeit verkürzt wird. Denn, wenn es gelingt, die politische Macht ganz und gar in die Hände zu bekommen, dann bedarf es nur eines Dekrets, um mit einem Male — nach ihrer Meinung wenigstens — Alles zu erreichen. Streik und Boykott sind also viel weniger wirtschaftliche Kampfmittel, als die Hebel zur politischen Agitation; und jeder auch nur halbwegs erfolgreiche Streik ist ein mächtiges Agens: „Echt, das könnt Ihr erreichen, wenn Ihr Euch organisiert, während der Einzelne machtlos ist. Und was werden Ihr erst erreichen können, wenn Ihr vollständig organisiert seid“

Aus diesem Grunde allein wird die Unzufriedenheit künstlich geistert und genährt, das Blau vom Himmel herunter wird den Unzufriedenen versprochen, und der kleinste Erfolg wird — vielfach nicht ganz mit Unrecht — als ein Erfolg der Organisation in das höchste Licht gestellt. Dort, wo größere Massen Sozialdemokraten nicht beisammen wohnen, ist die Organisation überhaupt eine Zwangsorganisation. Wenn auch vielfach die Beiträge nicht so flott einziehen, so wird doch, wenn es darauf ankommt, mit allen Mitteln der Zwangsarbeit, sei es bei den Wahlen, sei es beim Streik. In ein Teil zum Streik kommandiert, so werden die Uebrigen gezwungen, ebenfalls zu streiken. Die Beschlüsse, die Fabrik wird mit Wachen umstellt,

die Niemanden, der arbeiten wollte, einlassen, oder die die Arbeitenden ankanteln und, wenn dies nichts nützt, gelegentlich auch blutig schlagen. Nimmt sich die Staatsgewalt aber der Arbeitswilligen an, so wird dies als das bitterste Unrecht an der „Freiheit“ des Arbeiters hingestellt. Kurzum, in der Organisation der Arbeiter ist von Freiheit keine Spur, Alles ist Zwang, schlimmer Zwang, als der eines Zuchthauses.“

Es ist nicht das erste Mal, daß wir uns mit solch tollwütigen Unfug über die Arbeiterorganisation abzugeben haben. Es verlohnt sich nicht der Mühe, zu versuchen, ernst dabel zu bleiben, denn fast jeder Satz kennzeichnet den Verfasser als einen in fanatischer Arbeiterfurchenschaft versunkenen Narren. Ein Mensch, der logisch und vernünftig denkt und die Bestrebungen der Sozialdemokratie wirklich kennt, kann unmöglich zu der Ansicht kommen, die der Verfasser darüber äußert. Die alberne Buge, daß die geistigen Leiter der Sozialdemokratie Streiks und Boykotts „anzetteln“, um ihre politische Macht zu stärken, und daß sie zu diesem Zwecke die Unzufriedenheit künstlich säen und nähren“, steht auf derselben „Höhe“, wie die, daß die Freimaurer sich dem leibhaftigen Teufel verschrieben haben und Intimen Verkehr mit ihm pflegen. Was die Behauptung anbetrifft, die Arbeiterorganisation sei eine „Zwangsorganisation“, in welcher zum Streik „kommandiert“ werde und „keine Spur von Freiheit“ sei, so dürfen wir Ihre geduldige Würdigung wohl getroßt unseren Lesern überlassen. Sie alle wissen ganz genau, daß die Arbeiterorganisation nicht existieren würde, wenn man sie versucht hätte, ihre Mitglieder einem zuchtähnlichen Zwange zu unterwerfen. Lediglich ihre gute Disziplin ist's, die ihre Gegner so schwer empfinden. Es ist ein recht plumper Kunstreißer kapitalistischer Sozialdemokrat, aus Disziplin flugs Zwang zu machen. Der Verfasser des Artikels der „Eisen-Zeitung“ schreibt da nur nach, was vor ihm schon so mancher Digner oder Narr geschrieben hat. Ihm kommt es darauf an, darzulegen, daß der „unbürokratischen Zwangsorganisation der Arbeiter“ eine „bürokratische Zwangsorganisation der Unternehmer“ gegenüber treten müsse. Er faßt also weiter:

Die bürgerliche Gesellschaft ist dem Stöße der Sozialdemokratie vollaus gewachsen, wenn sie zusammenhält. Die Stärke der Sozialdemokratie ist nur die selbstverschuldete Schwäche der Gegner, und wenn die Sozialdemokratie den Hammer spielt, so macht dies dann sehr wenig Eindruck, wenn die bürgerliche Gesellschaft sich zu einem großen, festgefühten, stählernen sozialen Amboß zusammenschweißt. Dann ist die Sozialdemokratie nur ein winziges Hämmern, das wohl viel Lärm machen, niemals aber großen Schaden anrichten kann.

Die soziale Frage hat immer bestanden, aus ihr heraus war die Arbeiterbewegung in früheren Jahrhunderten emporgebrochen. Die Forderungen jener Zeit waren nicht etwa wüßlerische Geschöpfe beliebiger Projektanten, sondern sie waren das Erzeugnis der sozialen Frage selbst. Der wesentliche Unterschied war nur der, daß damals die großen Massen in der Politik so gut wie gar keinen Einfluß ausübten und sich auch nicht um die Politik kümmerten. Heute ist aber die Politik die Hauptsache.

Jeder politische Sieg ist zugleich auch ein wirtschaftlicher Sieg, ja, der letztere folgt unmittelbar aus dem ersteren, nicht umgekehrt. Will sich daher das Bürgerthum nicht diejenigen über den Kopf machen lassen, deren allererstes Bestreben die Enteignung jedes Eigentums ist, so lange sie nicht selber im Besitz sind, so ist eine feste Organisation als bisher unbedingt erforderlich.

Keine Gruppe der Bevölkerung ist so vorzüglich geeignet, ja prädestiniert zum engen Zusammenschluß, wie das Handwerk. Es ist bisher eine politische Null; gut organisiert kann es aber ein Machtfaktor allerersten Ranges werden, vollaus geeignet, die ungerechtfertigten Forderungen der Sozialdemokratie zu paralisieren.

Aus all' diesen Gründen ist die Organisation des Handwerks notwendig für das Handwerk und notwendig für die Erhaltung des Staates. Nur wünschen wir, daß die Organisation thunlichst einfach und wenig bürokratisch, aber dafür auch desto umfassender und lebenskräftiger sein möge.“

Der grundgeschichtliche Mann, der diese weisheitsvolle Darlegung vorträgt, will also, daß die Zwangsorganisationen Kampfgewalt gegen die Arbeiterorganisation werden. Als solche würden sie aber lediglich ganz naturgemäß den Anlaß zu gewaltigen Kämpfen geben, aus welchen die Arbeiterorganisationen und die Sozialdemokratie gefürt hervorgehen würde. Das winzige Hämmern dürfte dann als ein von elementarer Kraft bewegter langer Kiejenhammer sich erweisen. Doch ist weitaus die größte Rolle der Handwerker viel zu vernünftig, als daß es ihr darnach gelände könnte, sich als „politische Machtfaktor“ gegen die Sozialdemokratie mißbrauchen zu lassen. Uebrigens gehört die Mehrheit der Handwerker in fast allen großen Städten längt der Sozialdemokratie an. Will man mit der Zwangsorganisation als Kampforganisation gegen die Sozialdemokratie einen Versuch wagen, wir haben nichts dagegen einzunenden, überzeugt, daß man damit ein jämmerliches Fiasko machen wird.

Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine im deutschen Reichstage.

Zum wiederholten Male hat diese Angelegenheit den Reichstag beschäftigt und immer ist sie verlaufen wie das Hornberger Schicksal. Obgleich der Reichstag vor nicht langer Zeit gelegentlich der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches eine Resolution annahm, laut welcher die Rechtsverhältnisse der Berufsvereine für das Deutsche Reich baldmöglichst geregelt werden sollten, war doch bisher nichts davon zu merken. Trotz aller „wohlmeinender Erregungen“ bleibt die Sache beim Alten, das heißt, die Berufsvereine sind rechtlos dem „Wohlwollen der Behörden“ anheimgegeben. Am 11. Dezember d. J. war nun wieder einmal Gelegenheit im Reichstage, die Frage der Berufsvereine anzuschneiden. Wie immer, waren es Stumm und Konforten, welche die Regierung ersuchten, nach wie vor fest zu stehen und den Vereinen keine Rechtsfähigkeit zuzugestehen.

Ganz energisch trat der Abgeordnete H. p. e. d. e. n. (Christlich-sozial) für die Berufsvereine ein. Er bedauert, daß nicht schon beim Bürgerlichen Gesetzbuch im Interesse der Gerechtigkeit den Berufsvereinen das Korporationsrecht zuerkannt sei.

Abgeordneter F r o. h. m. e. (Soz.) führte aus: Wir verlangen nichts Unmögliches, sondern nur, was aus dem Begriffe der

Rechtseinheit, die im Bürgerlichen Gesetzbuch festgelegt sein soll, hervorgeht. Der Herr Staatssekretär nimmt zu Unrecht an, wie wollten mit diesen Resolutionen die Regierung auf einen Boden bringen, wo die reichsgesetzlichen Kompetenzen nicht vorhanden sind. Nach meinem Dafürhalten ist der Boden der reichsgesetzlichen Kompetenz hier durchaus gegeben. Herr v. Kardorf hätte der Versicherung nicht bedurft, daß er im Namen seines Fraktionsgenossen v. Stumm spreche. Auch so hätten wir von vornherein gemußt, daß Herr v. Kardorf durchaus im Geiste des Herrn v. Stumm, im ergreaktionären Geiste des Herrn v. Stumm sprach, den dieser schon so oft an den Tag gelegt hat. Die wahren Gründe, weshalb man auf jener Seite der Resolution nicht zustimmen will, hat uns Herr v. Kardorf nicht gesagt. Er hat nur geltend gemacht, man wisse nicht, was unter „baldthunlich“ zu verstehen sei; darunter könne man auch 60 bis 70 Jahre verstehen. Im Sinne des Volkes ist es ganz selbstverständlich, was unter „baldthunlich“ zu verstehen ist. Was aber im Sinne des Volkes selbstverständlich ist, ist noch lange nicht selbstverständlich für die reaktionären Parteien — für sie ist es, daß Alles, was in der Resolution gefordert wird, grundsätzlich nicht gewährt werden soll. Sie wollen z. B. die reichsgesetzliche Regelung des Jagdrechts deshalb nicht, weil Sie davon eine Beeinträchtigung Ihrer feudalen Sonderinteressen befürchten. Das zeigte sich ja bei der Frage des Kasenschiedenerlases. Die Herren, welche behaupteten, im Interesse des Ansehens der Nation müsse dieses große Gesetzgebungswerk zu Stande gebracht werden, waren in dem Augenblicke nicht mehr dafür zu haben, als es sich darum handelte, für den Heinen Schaden eine Ersatzpflicht einzuführen. Ebenso hat Herr von Stumm erklärt, wenn das Koalitionsrecht der Arbeiter darin sicher gestellt würde, seien er und seine Freunde für das ganze Gesetzbuch nicht zu haben. Ich erkenne dankbar an, was Herr H. p. e. d. e. n. über die Koalitionsbestrebungen der Arbeiter und den Hamburger Streik sagte. Sie (rechts) wollen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter überhaupt nicht; der Arbeiter soll sich der Willkür des Unternehmertums unterwerfen; nach Herrn v. Stumm hat er in den Arbeitsvertrag nicht hineinzureden. Die Hamburger Hafenarbeiter sind gewerkschaftlich völlig unorganisiert. Der Streik ist mit elementarer Gewalt aus den Verhältnissen heraus erwachsen. Kein Mensch hat ihn aufhalten können. Die gewerkschaftlichen Organisationen haben sich wohl gehütet, die Arbeiter zu dem Streik zu ermuntern und die Schuld dafür, daß die Organisationen zu schwach gewesen sind, ihren guten Willen durchzusetzen, tragen lediglich die Unternehmer und auch die Behörden. Die Hamburger Schiffarbeiter und sonstigen Unternehmer haben Koalitionen geschlossen, welche ausgeprochenemmaßen darauf abzielen, die Arbeiterorganisationen zu vernichten und es ein für alle Mal auszuschließen, daß die Unternehmer in die Lage kommen, mit diesen Organisationen zu verhandeln. Diejenigen Arbeiter, die sich durch ihre organisierte Tätigkeit bemerkbar machen, werden auf die schwarze Liste gesetzt, man will sie aushungern. Man will die Organisation der Arbeiter nicht zu dem werden lassen, wozu wir sie haben wollen, nämlich zu einer Organisation, die in echter Einie herufen ist, die Streiks nach Möglichkeit zu verhüten, indem sie bessere Arbeitsbedingungen für sich erlangen. Wir können ja in Hamburg nicht darüber klagen, daß die Behörden der Bildung und Ausgestaltung der Arbeiter-Organisationen entgegenstehen. In Preußen und in dem vielgelobten Sachsen ist es ganz anders; dort erachtet es die Regl. vor als ihre Aufgabe, Alles zu thun, um im Bunde mit dem Unternehmertum die gewerkschaftliche Organisation zu ruinieren. Ich begreife es vollständig, weshalb die Herren auf der rechten Seite nicht wissen wollen von einer reichsgesetzlichen Regelung des Rechtsverhältnisses der Berufsvereine. Umlinowehr freut es mich, daß der abg. H. p. e. d. e. n. erklärt hat, man müsse Alles thun, um die Arbeiterorganisationen zu stärken; das wird aber erst möglich sein, wenn diese Organisationen eine bessere gesetzliche und autoritäre Anerkennung gefunden haben, als das leider jetzt der Fall ist. Jetzt steht das bische Arbeiterorganisation lediglich auf dem P. a. t. e. r. Die Willkür der Behörden entscheidet über ihre Anwendung. Nehmen Sie diese Forderung ab, so werden die Arbeiter in dauernder Erbitterung und Erregung bleiben und die Streiks werden zunehmen. Wir Sozialdemokraten wollen die Streiks nicht, um aus ihnen Vorteile zu ziehen. Wir sind gegen Streiks, so lange aber die Arbeiter nicht eine richtige Koalitionsfreiheit haben, so lange sind Ausbrüche der Erbitterung der Arbeiter über gedrückte Löhne unvermeidlich.

v. D. e. n. i. g. e. n., der Mann, welcher die Zahlstellen des Solzarbeiterverbandes und anderer Verbände für politisch erklärte, um ihnen geg. benenfalls einen Stid zu drehen, hat diesmal garnichts dagegen, daß seine Freunde sich der Resolution anschließen, denn es seien ja nicht nur sozialdemokratische Organisationen, um die es sich handle, sondern es kämen auch die Weg. H. s. i. c. h. l. i. c. h. e. n. G. e. w. e. r. k. v. e. r. e. i. n. e. und die evangelischen und katholischen Arbeitervereine in Betracht.

Der Abgeordnete H. p. e. d. e. n. betont nochmals, daß es Pflicht des Staates sei, die Rechte der Arbeiter zu schützen und die Erbitterung derselben zu mildern. „Die Sozialdemokratie schneit nicht vom Himmel herunter, sie entsteht da, wo die Arbeiter sich in ihrem Gerechtigkeitsgefühl verletzt fühlen und keine Hilfe bei den anderen Parteien finden. Ich habe schon hingewiesen auf den Hamburger Streik. Ich weiß, wie schwere Vorwürfe Herr v. Stumm Herrn H. p. e. d. e. n. machte, weil er in Verhandlung getreten sei mit den sozialdemokratischen Führern. Aber was blieb Herrn H. p. e. d. e. n. anders übrig? Wo waren denn die Organisationen der Arbeiter, welche in dem kaiserlichen Erlaß vom 4. Februar 1890 versprochen sind? Die Art und Weise, wie Herr v. Stumm seinen Gegensatz zu den Berufsvereinen zum Ausdruck bringt, halte ich geradezu für gemeingefährlich. (Widerpruch rechts.) Für wahrhaft konservativ kann ich nur solche Politik erklären, welche die strikteste Gerechtigkeit zum Ziele hat.“

Der emig. notleidende Landjunker v. K. a. r. d. o. r. f. führte das sozialdemokratische Geheiß in die Arena, um damit die, welche eventuell für die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine stimmen könnten, gaulich zu machen. Er meinte: „Die Sozialdemokratie würde sich dieser Vereine bemächtigen und sie beherrschen, wenn sie die juristische Persönlichkeit erlangt haben. Deshalb können wir der Resolution nicht zustimmen.“

Im gleichen Fahrwasser wie der Junker Kardorf schwimmt der konservative S. h. a. l. l. Die Erfahrungen der letzten Zeit hätten gezeigt, daß man den Arbeiterbestrebungen gegenüber vorsichtig sein müsse. Er will den Wünschen der Arbeiter entgegenkommen, aber doch erst abwarten, daß die Arbeiter sich von den Unmöglichkeiten der Sozialdemokratie losmachen!

Der emig. notleidende Landjunker v. K. a. r. d. o. r. f. führte das sozialdemokratische Geheiß in die Arena, um damit die, welche eventuell für die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine stimmen könnten, gaulich zu machen. Er meinte: „Die Sozialdemokratie würde sich dieser Vereine bemächtigen und sie beherrschen, wenn sie die juristische Persönlichkeit erlangt haben. Deshalb können wir der Resolution nicht zustimmen.“

Im gleichen Fahrwasser wie der Junker Kardorf schwimmt der konservative S. h. a. l. l. Die Erfahrungen der letzten Zeit hätten gezeigt, daß man den Arbeiterbestrebungen gegenüber vorsichtig sein müsse. Er will den Wünschen der Arbeiter entgegenkommen, aber doch erst abwarten, daß die Arbeiter sich von den Unmöglichkeiten der Sozialdemokratie losmachen!

Abg. Frohme (Soz.): Die Konservativen scheinen die Arbeiter dadurch vor der Erfassung der Sozialdemokratie bewahren zu wollen, daß sie ihr gesetzlich bestehendes Koalitionsrecht möglichst einschränken. Damit werden sie aber nichts erreichen. Die Resolution fordert nur die Sicherung dessen, was reichsgesetzlich bereits im Prinzip besteht. Wenn die Arbeiter recht häufig artig sind, d. h. den reaktionären Parteien folgen und auf selbstständige politische und wirtschaftliche Überzeugungen verzichten wollen, dann erachtet man sie als würdig für das Koalitionsrecht. Das allgemeine Wahlrecht hat man ja auch nicht angefochten, so lange man dachte, daß die Arbeiter lediglich Stimmvieh abgeben würden. Seitdem die Arbeiter aber selbstständig geworden sind, hat das allgemeine Wahlrecht jeden Wert verloren. Die Arbeiter sollen kumpfsinnig ihre Rechte aufgeben, (Zuruf rechts: Das verlangen Sie ja!) und weil das nicht geschieht, verzieht man dem Vereinsrecht der Arbeiter Faustschläge. Die Arbeiterfreundlichkeit der Herren v. Stumm und Schall ist ein wahrhafter Pöhn auf den Begriff der Arbeiterfreundlichkeit. Uns schädigen Sie nicht, ob Sie vom Bruder Bauer und vom Bruder Handwerker oder vom braven Arbeiter sprechen; weder das Christentum, noch die brutalen Drohungen gegen die Sozialdemokratie können hindern, daß die Arbeiter ihre Interessen bei der Sozialdemokratie besser gewahrt sehen als anderwärts.

Nachdem noch der christlich-soziale Abgeordnete Hüpeden prophezeit, daß die Gewerkschaften noch einmal die schlimmsten Gegner der Sozialdemokratie sein würden, was ihm außer den konservativen Junkern und national-liberalen Schlotbaronen wohl kein Mensch geglaubt haben dürfte, kam die Resolution zur Abstimmung, die dann mit großer Majorität angenommen wurde.

Ob nun die Regierung Anstalten machen wird, die Rechtssphäre der Berufsvereine reichsgesetzlich zu regeln, ist noch sehr fraglich; man wird auch für die Folge „wohlmeinend erwägen“ und sonst die Angelegenheit ruhen lassen, genau so, wie es bei der Regelung des Vereinsgesetzes geschah. Würde es sich nur um archaisch-gläubige Mitglieder evangelischer und katholischer und vielleicht der Hirsch-Tucker'scher Gewerkschaften handeln, dann würde man in Regierungskreisen einen Schritt weiter gehen, so aber, Bauer, ist das etwas Anderes.

Rundschau.

Für die streikenden Hamburger Hafenarbeiter dürfen in Schleswig-Polnien Hausansammlungen nicht mehr stattfinden. So will es der Oberpräsident der Provinz. Thut nichts, deshalb fährt der Postzug doch, der zur Unterstützung Geldmittel nach Hamburg bringt.

Arbeiter und Koalitionsrecht. Drei Mitglieder des Vorstands und die Mitglieder des Streikkomitees, welche am Töpferstreik in Friedrichsfeld in Baden beteiligt waren, sollen, nachdem der Streik zu Ungunsten der Arbeiter beendet, nur dann wieder in Arbeit genommen werden, wenn sie ihrer Organisation entsagen. — In Wiesbaden in Oberbayern hat der Schuhmachermeister Bürger zehn Gehilfen gekündigt, weil sie dem Verein deutscher Schuhmacher angehörten.

Wenn die Arbeiter nun auch einmal das gleiche Ansehen an ihre Arbeitgeber stellen würden, daß sie nicht eher bei ihnen arbeiten, als bis sie aus der Innung oder sonst aus einem Arbeitgeberverbande aufgetreten seien, dann würde man garnicht genug Worte der Entrüstung finden. Nun dazu wird es wohl auch nicht kommen, denn die Arbeiter hatten immer noch so viel Achtung vor dem Koalitionsrecht, daß sie von solchen Forderungen Abstand nahmen.

Umtausch von Invaliditätskarten. Für die Inhaber von Quittungskarten der Invaliditäts- und Altersversicherung von großer Wichtigkeit ist gegenwärtig eine Bekanntmachung der Versicherungsbehörden, wonach die Quittungskarten vom Jahre 1893 umgültig werden, falls sie nicht bis zum 31. Dezember d. J. bei den ausstellenden Behörden, Polizeibureau etc. zum Umtausch vorgelegt werden, weil alle diejenigen Karten, welche nicht bis zum Schlusse des dritten Jahres nach dem Ausstellungsdatum umgetauscht werden, auch wenn sie mit Marken noch nicht vollgelebt sind, nach dem Versicherungsgesetz ihre Gültigkeit verlieren. Ferner ist hierbei noch zu erwähnen, daß nach dem Gesetz auch Jeder berechtigt ist, zu jeder Zeit auf seine Kosten die Ausstellung einer neuen Quittungskarte gegen Rückgabe der älteren Karte zu verlangen, und er ist auch sogar von diesen Kosten befreit, falls die Karte mit mindestens 30 Markten gefüllt ist.

Ein Fabrikinspektor nach dem Herzen der Stumm und Konforten ist zweifellos der in Lübeck, Johansen ist sein Name. Er schließt seinen 1898er Jahresbericht mit folgenden Worten: „Nach der Ueberzeugung des Berichterstatters, die er mit vielen Arbeitern aus den verschiedensten Gegenden des Deutschen Reiches theilt, ist die Lage des Arbeiters in Lübeck eine der denkbar günstigsten. Die Lebensbedingungen sind relativ günstig und der Verdienst so bemessen, daß man als Arbeiter hier verhältnismäßig besser und zufriedener lebt als in südlichen Gegenden des Deutschen Reiches; daß aber gerade diese Thatfache viel dazu beiträgt, gewissenlose Agitatoren herbeizuführen, um Unzufriedenheit zu säen, ist ebenso wenig zu verkennen, wie das Beharren der Arbeiter, sich von diesen Phrasenmachern, die selbst keine Arbeiter sind, möglichst fernzuhalten.“

Herr Johansen hat nichts weiter gethan, als Herr v. Boetticher von ihm und allen Beamten erwartet, daß sie für das Unternehmertum arbeiten. Wir arbeiten ja doch auch für Sie, so sagte er ja bekanntlich vor kurzem zu den Schlotbaronen des Rheinlandes, und da Herr Johansen seine Zeit und seine Vorgesetzten begriffen hat, wird ihm der Befehl von jener Seite nicht ermangeln, vielleicht fällt noch gar ein Orden ab. Daß der läbliche Fabrikinspektor sich ganz vorzüglich für sein Amt eignet, geht aus folgender Erzählung hervor, die der „Lübecker Volksbote“ mittheilt:

Donnerstag Abend fuhr der Lübecker Fabrikinspektor mit noch einigen Herren auf der Straßenbahn. Es dauerte garnicht lange, so entwickelte sich folgendes Gespräch. Einer der Herren sagte zum Herrn Fabrikinspektor Johansen: „Was meinen Sie, wie wird der Hamburger Hafenarbeiter-Streik enden, Herr Johansen?“ „Zu Ungunsten der Arbeiter natürlich. Es wird aber auch eine hohe Zeit, daß den Arbeitern gezelet wird, wer eigentlich Herr im Hause ist!“ Darauf allgemaltes Schweigen; alsdann fuhr der Herr Fabrikinspektor

fort: „Ja ja, es wird die höchste Zeit, daß den Arbeitern der Daumen auf's Auge gedrückt wird. Der Lübecker Streik verläuft ebenfalls im Sinne. Guten Abend, meine Herren.“ Sprach und verschwand.

Wer zweifelt nun noch, daß das Deutsche Reich an der Spitze der „Sozialreform“ marschirt?

Schulkind in der Hausindustrie. Die vor kurzem erschienenen amtlichen Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten geben einen näheren Einblick in die Kinder-Hausindustrie der Bildhobergenmalerei, der wenig erfreuliche Verhältnisse zu Tage fördert. In den Städten Alt- und Neu-Ruppin, Lindow, Rheinsberg, Wusterhausen a. O. sind seit 20 bis 30 Jahren besondere Verhältnisse entstanden, wo die Hausindustrie der Bildhobergenmalerei Schwung hat betrieblen wird. Diese Koloriranstalten, die als Zweigbetrieblungen Ruppiner Groß-Industrieller anzusehen sind, werden von Profikundenunternehmern geleitet, die die Einrichtungen ihrer Werkstätten von den Großfirmen übernommen haben. Letztere liefern für die einzelnen Aufträge nur schwarzgedruckte Bildhobergen, während die Zwischenunternehmer deren Kolorirung vorwiegend durch Kinder unter Anwendung von Schablonen besorgen lassen. Die Werkmeister, die meistens früher in einer Neu-Ruppiner Bildhoberfabrik als Schablonenmaler angelehrt worden sind, haben die selbstständige Annahme der Arbeiter und vereinbaren mit ihnen die Lohnsätze und Lohnzahlungen. Die schulpflichtigen Kinder im Alter von 12 bis 14 Jahren arbeiten gewöhnlich Nachmittags von 4 1/2 bis 7 Uhr, Viktawochs und Sonnabends von 1 bis 7 Uhr mit halbständiger Pause. In Rheinsberg dauert die Arbeitszeit der Kinder Nachmittags von 1 bis 7 Uhr, mit einer Pause von 1/4 Stunden, während welcher die Kinder bei den Eltern speisern. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit beträgt in Alt-Ruppin, Lindow und Wusterhausen 18-21 Stunden, in Rheinsberg 30 Stunden. Höchst bedauerlich ist, wie konstatiert wird, daß die Kinder mit Vorliebe während der Sommerferien beschäftigt werden, so daß sie gerade in einer Zeit, wo sie sich erholen sollten, in jenen Werkstätten bis zur Erschöpfung arbeiten müssen. Ihre tägliche Arbeitszeit ist dann bis 10 Stunden, von Morgens 7 Uhr bis Abends 7 Uhr, welche von drei Pausen in einer Gesamtdauer von 2 bis 2 1/2 Stunden unterbrochen wird. Der Lohnsatz ist in der Regel für Kinder und Erwachsene gleich und beträgt in Wusterhausen 15, in Rheinsberg 16, in Lindow 17 1/2, in Alt-Ruppin für Knaben 15, für Erwachsene 18 $\frac{1}{2}$ pro Rthl., einschließlich selbstgelieferter Farben. Der Wochenverdienst schwankt innerhalb der Grenzen von 75 $\frac{1}{2}$ bis M. 2,50; im Durchschnitt bezieht er sich für Alt-Ruppin auf M. 1,30, für Lindow auf M. 1,20, für Rheinsberg auf M. 2, für Wusterhausen auf M. 1,65 oder für eine Arbeitsstunde auf 6 1/2 bis höchstens 8 $\frac{1}{2}$. Für Anfertigung der häuslichen Schularbeiten bleibt diesen armen geplagten Kindern natürlich nur auf Kosten ihres Schlafes die erforderliche Zeit übrig.

Rostock braucht nur dann erst ein Gewerbegericht, wenn ein Anlaß dazu gegeben ist, d. h. wenn dem Rath der Stadt es gescht. „Zur Zeit ist ein Anlaß nicht gegeben“, so schreibt er dem Beauftragten des Gewerkschaftskartells. Leider hat der Rath in seinem Schreiben nicht verstanden, wann ein Anlaß zur Errichtung eines Gewerbegerichts gegeben ist. Wahrscheinlich wird es einen solchen für den löblichen Rath überhaupt nicht geben. Die hinter den Petenten stehenden 3000 Arbeiter sind natürlich der Meinung, daß die Errichtung eines Gewerbegerichts ein dringendes Bedürfnis ist.

Eine gesetzliche Regelung des Kartellwesens, welches weder in Oesterreich noch in Deutschland unter einem besonderen Geleze stand, wird in Oesterreich geplant. Bisher waren sie über ihre Einrichtung und Verfassung Niemandem Rechenschaft schuldig. In Oesterreich hat namentlich die Prager Handelskammer ein großes Interesse an einer gesetzlichen Regelung. In einer Denkschrift an das Handelsministerium macht sie praktische Vorschläge zum geistlichen Eingreifen.

In der Denkschrift werden auf Grund authentischer Nachrichten folgende Produzenten-Organisationen dargelegt: Das Eisenkartell, das Draht- und Drahtstiftenkartell, das Emaille-gefaßkartell, das Petroleumkartell, das Flaschenkartell, das Sodakartell, das Bleizuckerkartell, das Holzappelpartell, das Bindfadentartell, das Schrupfkartell, das Kupferkartell und das Zuckerkartell.

Die Denkschrift führt die Anfänge der Kartellbewegung auf die wirtschaftliche Depression zurück; die Kartelle seien Kinder der Noth und ihr Ziel: die Beseitigung der Ueberproduktion und Einschränkung der Erzeugung auf das der Aufnahmefähigkeit des Marktes entsprechende Maß, also die Planmäßigkeit und Stabilisierung der Produktion an Stelle deren bisheriger Planlosigkeit, die Verhütung der Absatzrisiken mit ihrem ganzen Gefolge von Kapitalverlusten und Industriezerstörungen, endlich die Erzielung gewinnbringender Preise.

Hier sind die ökonomischen Fortschritte des Kartellismus gegenüber der einzelwirtschaftlichen Produktion genau so angegeben, wie es von Seiten des Sozialismus geschieht. Es wird offen zugestanden, daß innerhalb der Produktion bisher Planlosigkeit geherrscht habe.

Die Schattenseiten freilich hebt die Denkschrift viel weniger scharf hervor. Zwar gibt sie zu, daß sowohl die Rohstofflieferanten wie die Arbeiter, wie die Massen der Konsumenten sich in den Händen der kartellirten Produzenten befinden; aber meint sie, sowohl die Arbeiter wie die Rohstofflieferanten können sich ja durch Gegenorganisationen gegen die Uebermacht der Kartelle wehren. Selbst dies zugegeben, wäre doch das konsultierende Publikum gegen eine Ueberheuerung durch die Kartelle noch nicht geschützt. Auch die Denkschrift verschließt sich dieser Gefahr nicht. Es sei unbestreitbar, daß einzelnen Kartellen möglicherweise die Tendenz innewohne, die Preise über Gebühr hinauszutreiben, und daß dieser Tendenz durch die Gefahr ausländischer Konkurrenz kein Regel vorgegeben werden könne. Namentlich sei die Gefahr vorhanden, daß sich die Produzenten für Exportverluste dadurch schadlos erhielten, daß sie den Ausfall auf den Inlandspreis überwälzten.

Die Denkschrift kommt nun nach ihren Erwägungen zu dem Resultate, ein Kartellamt zu empfehlen, die Anzeigepflicht der Kartelle und ihre Unterstellung unter das Korporationsrecht zu befehlen.

Das ist ein Skandal. Der „Hamb. Corresp.“ schreibt: „Auf der Winte Wäskan-Ursabahn lagern etwa 1 Million

Centner Getreide seit vier Wochen unter freiem Himmel. Da es wiederholt regnete, fault das Getreide bereits, ohne daß die Bahn Anstalten zur Verladung trifft. Sie beschäftigt sich vielmehr mit der einträglicheren Verfrachtung von Raphia.“

Jeder vernünftige Mensch verurtheilt ein System, deren Träger nur dem Profit huldigen, unbekümmert darum, ob Tausende Menschen verhungern, wo sie doch recht wohl von der Million Centner Getreide gestillt werden könnten, das nun verkauft, weil die Verfrachtung dem Fiskus nichts oder weniger einbringt als die von Raphia (Mineralöl, Petroleum); dort ist's der Fiskus, welcher nach Profit hungert, und insfolgedessen lieber Petroleum verfrachtet und eine Million Centner Getreide verkaufen läßt, und hier ist's die Profikluft der Rheber, die Weid, L. Apfelinen und sonstige Früchte in Unmassen in den Schiffen verkaufen läßt, nur um den streikenden Schauerleuten die wenigen Groschen Lohnerhöhung nicht zu bewilligen, um die dann ihr Unternehmerrgenn geschmälert werden könnte. Jetzt also zunächst vor Eurer eigenen Thüre, ehe Ihr Euch über den russischen Profikluft „Staat“ enträufelt, Ihr Hamburger Rhebergelläter und deren Preßlosalen.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Bahnstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur sauberes Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Anklam. Nach Jahre langem schlechten Geschäftsgang scheint auch hier wieder eine Besserung eingetreten zu sein. Es wäre wirklich auch hier an der Zeit gewesen, einmal etwas zu unternehmen, um unsere Lage etwas zu verbessern. Leider mußte unser guter Wille an dem großen Indifferentismus der Kollegen streifen. Mit der Agitation ist es hier leider nicht weit her, denn von dem Agitationscomité werden wir vollkommen ignoriert. Wir müssen unsere größte Verwunderung darüber ausdrücken, daß, trotzdem die Stettiner Bahnhöfe vor einiger Zeit im Fachorgan besannt machte, sie würde Fragebogen zwecks Gründung eines Agitationscomités an die Bahnhöfe Pommerns schicken, wir bis jetzt noch keine erhalten haben, obwohl wir doch eine der nächsten Bahnhöfe sind. Auf einmal lesen wir jetzt in der „Polzarb. Btg.“, daß dieses Comité schon besteht. Meinen die Stettiner Kollegen, daß es für Anklam keinen Zweck hat? Wir sind anderer Meinung, und zwar der, daß, wenn hier die Agitation planmäßiger betrieben würde, hier viel mehr erreicht werden könnte. Auch unserem Hauptvorstand können wir den Vorwurf der Nachlässigkeit uns gegenüber nicht ersparen, und wir können uns nicht erklären, wodurch wir das verdient haben. Nach unserer Meinung erfüllen wir unsere Pflicht dem Verbands gegenüber so gut wie andere Bahnhöfe. B. S. lesen wir jede Woche in der Zeitung, wie Kollege Klotz und andere Kollegen im Norden sowohl wie im Süden Vorträge halten. Und hier? Nun wir wollen hoffen, daß auch wir einmal bedacht werden; zu wünschen wäre es.

Barmen. Eine öffentliche Bärken- und Pinselmacher-versammlung beschloß sich mit einem von der dazu eingelezten Kommission ausgearbeiteten Tarif. Sämtlichen Feststellungen wurde zugestimmt. Kritisiert wurden hierauf einzelne Mißstände in den Werkstätten, wie der Mangel an Wascheräten, sowie die mangelhafte Luftventilation. Es sei notwendig, daß, wenn diese Uebelstände beseitigt werden sollten, sich alle der Organisation fernstehenden Kollegen derselben anschließen müßten. Die nächste Kommissionsitzung findet am 8. Januar 1897, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Bed statt.

Berlin. Eine von über 600 Werkstatt-Vertrauensmännern besuchte Versammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes nahm am 16. Dezember Stellung zu dem Antrage verschiedener Bahnhöfe auf dauernde Erhöhung der Mitgliedsbeiträge. Der Vorsitzende Glode gab einen kurzen Ueberblick über die Lage des Verbandes und präzisirte sodann die Stellung der Ortsverwaltung zu dieser Frage. Derselbe ging dahin, daß prinzipiell gegen eine Erhöhung der Verbandsbeiträge nichts einzumenden sei, wenn vom Verband eine erhöhte Thätigkeit für Eringung günstigerer Arbeitsbedingungen verlangt würde. Jedoch sei es eine Unmöglichkeit für Berlin, mit dem bisherigen Prozentsatz auf 15 $\frac{1}{2}$ des Mitgliedsbeitrages, welche Berechnung ja auch bei erhöhten Beiträgen beibehalten werden soll, auszukommen. Es würden davon kaum die Ausgaben für Agitation und das Arbeitsnachweisedureau gedeckt, viel weniger seien die fast täglich ausbrechenden Werkstatt-reis damit zu unterstützen, auf deren Bewilligung seitens des Vorstandes nicht immer gewartet werden könnte. Die Ausgaben zu diesen Streiks sind denn auch bis Ende des dritten Quartals aus der Lokalkasse bestritten, der durch die Erhebung eines Extrabeitrages von 10 $\frac{1}{2}$ pro Mitglied und Woche die hierzu nötigen Gelder zugeführt wurden. Bei Erhebung von 15 $\frac{1}{2}$ Mitgliedsbeitrag könne aber auf weitere Zahlung von Extrabeiträgen nicht gerechnet werden, wie bereits aus den Einnahmen des 4. Quartals zu ersehen sei. Die Ortsverwaltung eruche deshalb die Vertrauensmänner, sich zu äußern, ob in den Werkstätten Stimmung vorhanden sei, daß bei erhöhten Beiträgen noch Extrabeiträge erhoben werden könnten. In der Diskussion sprachen sich eine Reihe von Rednern gegen Erhöhung der Beiträge aus; da nach Wegfall des Extrabeitrages die bisherige Taktik, die einer Kampfesorganisation angemessen sei, nicht mehr eingehalten werden und dann auch die Agitation in den Werkstätten nicht mehr wirkungsvoll betrieben werden könnte. Mehrere Redner erklärten, daß sie bisher für Erhöhung der Beiträge eingetreten seien, jedoch nach dem Votum in dem Rundschreiben des Vorstandes, daß die Lokaleinnahmen nach den früheren 15 $\frac{1}{2}$ Beiträgen berechnet werden sollten, könnten sie nicht mehr für Erhöhung der Beiträge stimmen. Es wurden sodann Werkstattstimmzettel ausgegeben und beschlossen, am 30. Dezember eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, in der endgültiger Beschluß gefaßt werden soll.

Wien. Genosse Dr. Dunkel sprach hier über Fabrik und Handwerk in der Holzindustrie. Er zeigte zunächst den Entwicklungsgang von der Zeit der Ränke bis auf das heutige Zeitalter der kapitalistischen Produktionsweise und lieferte an der Hand reichen Materials den Beweis, daß dem Handwerk der goldene Boden unter den Füßen entzogen ist und daß kleine Bahntaktmittel, genannt Zwangsorganisation, im Zeitalter des Dampfes und der Elektricität ohnmächtig sind. Daß die neue Innungsvorlage, wenn sie Gesetz wird, außer Stande ist, die Kleinmeister über Wasser zu halten, ist für einen nur einigermaßen mit unserer heutigen technischen Entwicklung Ver-

trauten sehr beaurlich. Redner führte an verschiedenen Beispielen sehr treffend an, welches Schickal den Innungen und Handwerksmeistern bevorsteht; wie sie durch das Oerckdital ständig aufgegeben werden; zu beklagen sei das gerade nicht vom Standpunkte der Arbeiter, da die Löhne, Kost usw. bei den Innungs- und Kleinmeistern bedeutend schlechter seien, als bei den Konturverhältnissen, Kapitalkräftigen Unternehmern. Ueber die wirtschaftliche Lage der Württembergischen Holzarbeiter sprach Kollege Hlnke. Daß die wirtschaftlichen Verhältnisse auch hier viel zu wünschen übrig lassen, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Hauptächlich sind es auch hier die Innungs- und Kleinmeister, bei welchen gerade unsere Kollegen zu den schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen arbeiten. Die Versammlung wurde sich schlüssig, bei günstiger Gelegenheit dahin zu wirken, daß die schlechten Verhältnisse beseitigt werden. Um dieses bewerkstelligen zu können, ist es aber Pflicht unserer organisierten Kollegen, zu agitieren, daß Mann für Mann sich der Organisation anschliesst.

Lübeck. Nach langen Jahren wirtschaftlicher Depression macht sich unter den hiesigen Kollegen das Bestreben geltend, wiederum für die Verbesserung ihrer Lage einzutreten. So tagte am 14. Dezember eine von über 200 Kollegen besuchte öffentliche Holzarbeiterversammlung mit der Tagesordnung: „Die Lohnbewegung zum Frühjahr 1897“. In seinem einleitenden Referat giebt Kollege Bed zunächst einen kurzen Rückblick auf die Gründung und Entwicklung unserer Organisation am Orte und führt den Anwesenden die Kämpfe vor Augen, welche dieselbe im Laufe der Zeit mit den Arbeitgebervereinigungen hatten. Redner geht besonders auf den Löhlerstreik von 1889, wo es galt, die zehnjährige Arbeitszeit und 34 $\frac{1}{2}$ Minimallohn zu erlangen, ein, hebt lobend hervor, mit welcher Einmütigkeit und welchem Opfermuth die Kollegen damals 22 Wochen gekämpft hätten, tadelt aber die Handlungsweise der Kleinmeister, welche in Verletzung ihrer Pflichten an den Geleisen Verrath geübt, indem sie für die Innungsmeister die Arbeiten anfertigten. Obwohl es nun damals nicht gelungen sei, die Innung in corpore zu besiegen, so sei doch der Erfolg auf unserer Seite gewesen, denn die zehnjährige Arbeitszeit sei damals in sämtlichen Werkstätten eingeführt, ebenfalls sei auch der Minimallohn von 34 $\frac{1}{2}$ überall gezahlt worden. Durch die Macht unserer Organisation sei es möglich gewesen, die Ertragsverhältnisse in all den Jahren der Krisis, mit Ausnahme von einzelnen Schandwerkstätten, hochzuhalten, so daß der Durchschnittslohn momentan annähernd 36 $\frac{1}{2}$ pro Stunde betrage. Infolge der großen Arbeitslosigkeit und Unbehelligkeit der Arbeitsverhältnisse sei trotzdem die Lage der Kollegen eine äußerst traurige. Laut Statistik unseres Arbeitsnennwelles seien die hiesigen Kollegen im Jahre 1893 in 499 Fällen zusammen 32 $\frac{1}{2}$ Jahr, im Jahre 1894 im 448 Fällen 31 $\frac{1}{2}$ Jahr arbeitslos gewesen. Diese Thatsache erfordere unbedingt, für Verbesserung der Arbeitszeit einzutreten. Redner meint, man dürfe den gegenwärtigen geschäftlichen Aufschwung nicht unangemessen darüber gehen lassen und empfiehlt Namens der Lohnkommission, im nächsten Frühjahr an die Arbeitgeber folgende Forderungen zu stellen: 1. Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 9 $\frac{1}{2}$ Stunden. 2. Einen Minimallohn von 40 $\frac{1}{2}$ für Tischler und 36 $\frac{1}{2}$ für Drechsler. 3. Mögliche Beilegung der Astorarbeit; wenn solche dennoch vorkommt, muß der Mindestlohn gefordert sein. 4. Abschaffung der Sonntags- und Feiertagsarbeit; eventuell 25 pSt. Zuschlag für Ueberstunden, 50 pSt. für Nachtarbeit (von 10 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens mit einschläufiger Ruhepause). 5. Für Selbsthalten von Werkzeugen 2 $\frac{1}{2}$, mit Hobelbank 4 $\frac{1}{2}$, Zuschlag pro Stunde zu zahlen. Nachdem Redner die einzelnen Punkte eingehend begründet, meinte er, man wolle versuchen, auf gutlichem Wege mit den Arbeitgebervereinigungen zu unterhandeln und hoffe daß eine Einigung zu erzielen sei. Sollten wir jedoch zum letzten Mittel, zum Streik, gezwungen sein, so sei es gewiß, daß die Kollegen eben so fest zusammenstehen wie 1889, kämpfend Schulter an Schulter, Mann an Mann. In der nun folgenden Generaldiskussion sprachen sich sämtliche Redner für die Lohnbewegung der Tischler und Drechsler aus. Ein Kollege (Wohlfühl) meinte, man solle mit Rücksicht auf die auswärtsige Konkurrenz für Möbelsticker einen Minimallohn von 38 $\frac{1}{2}$ fordern. Diese Ansicht wurde jedoch von allen übrigen Rednern bekämpft, und besonders die Hamburger Tischlerstreik von 1887/88 als mahnendes Beispiel angeführt. Kollege Damm (Drechsler) theilt mit, daß von verschiedenen Seiten auf sie eingewirkt sei, denselben Lohn wie die Tischler zu fordern. Die Drechsler bitten aber mit Rücksicht auf die in der Branche herrschenden niedrigen Löhne 36 $\frac{1}{2}$ für angemessen. Alle übrigen Forderungen würden auch sie und zwar gleichzeitig mit den Tischlern hiesigen Kollege Dora (Wurstenmacher) berichtet, daß in ihrer letzten Sektionsversammlung eine Kommission zwecks Anfertigung eines einheitlichen Astortariffs eingeleitet sei, dieselbe habe aber infolge Krankheit einzelner Kollegen ihre Arbeiten nicht erledigen können. Redner hält ein Vorgehen der Wurstenmacher, obwohl sie einer Aufbesserung dringend bedürfen, vorläufig nicht für ratsam. Von anderer Seite wird betont, die Wurstenmacher mögen vor allen Dingen versuchen, die in ihrer Branche so zahlreich beschäftigten Hülfsarbeiter zur Organisation heranzuziehen, ehe sie daran denken, Forderungen an die Fabrikanten zu stellen. Nachdem die Generaldebatte geschlossen, wird gegen eine Stimme beschlossen, im nächsten Frühjahr in eine Lohnbewegung einzutreten. Die einzelnen Punkte werden hierauf in der von der Lohnkommission aufgestellten Form einstimmig angenommen. Ein Antrag, als letzte Forderung anzufügen: „Der Lohn muß da ausbezahlt werden, wo der Geleise am zahlreich arbeitet“, wird der Lohnkommission zur Erwägung überwiesen. Ein weiterer Antrag: „Die Lohnkommission zu beauftragen, den Arbeitgebern möglichst frühzeitig von unserer Forderung Mitteilung zu machen, damit dieselben bei Uebernahme von Arbeiten ihre Werke darauf einrichten können“, fand einstimmige Annahme. Kollege Bed fordert die Kollegen auch auf, für Stärkung des Streikfonds Sorge zu tragen, damit wir auf alle Fälle gerüstet daftören.

München. Kollege Bedter (Hannover) sprach hier auf Wunsch der Mitglieder in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung über Zweck und Nutzen der Gewerkschaften. Redner schildert zunächst die Nothlage der Holzarbeiter, Holz- und Kistenarbeiter. Schlußwort dann die Kämpfe der Arbeiter mit den Unternehmern und kritisiert in scharfer Weise die „widerwärtige“ Erziehung der Besitzenden Arbeiter und deren Vertreter gegenüber. Es sei in Hannover ein sozialdemokratischer Klub zur Gründung der Arbeitervereinigungen durch die Stadt geführt, während der wegen Druck

verurtheilte Kasse in der Festung Olag spazieren gehen könne. Was für eine Nahrung die Arbeiter zu sich nehmen müßten, ist schon geringe; die Zunahme des Verbrauches von Pferde- und Fleisch, sogar die Hunde sind für den Arbeiter gut genug. Durch die schlechte Ernährung komme die so unter den Arbeitern verbreitete Proletarierkrankheit, genannt Schwindel, ebenso sei es auch mit den Wohnungsverhältnissen. Es seien Wohnungen vorhanden, wie nachgewiesen sei, wo in einem Raume 22 Köpfe hausten; der Raum würde nur mit Kreidestrichen abgeteilt. In Chemnitz seien 70 pSt. der Bevölkerung, welche mit einem Zimmer für sich nehmen müßten. Die ökonomischen Junker verwendeten mehr Sorgfalt auf die Schweinehülle als auf die Wohnungen ihrer Arbeiter. Daß solchen Zuständen ein Ende gemacht würde, sei Aufgabe der Gewerkschaften. Ein Einzelner könne gegen die Willkür der Unternehmer nichts ausrichten; nur durch geschlossenes Vorgehen können solche, den Menschen unwürdige Verhältnisse abgebrochen werden. Unter „Verfallenes“ wurden die hiesigen Verhältnisse einer scharfen Kritik unterzogen. Wie in einer hiesigen Wähe eine Arbeitszeit von 17 Stunden besteht. Daß man ferner Ueberstunden aus Liebe zum Geschäft machen müsse usw. Ueber war die Versammlung recht schwach, trotzdem wir uns die beste Mühe gegeben haben, war auch nicht ein einziger der Fernstehenden erschienen. Mögen die Mitglieder nun umso mehr ihre Pflicht thun, dem Verbande neue Mitglieder zuzuführen. Am 1. Mai dieses Jahres hatten wir hier am Orte die zehnjährige Arbeitszeit errungen. Man möchte fast verzweifeln, wenn man sieht, wie die Indifferenten die Erfolge des Verbandes ruhig mit einkreisen, ohne auch nur einen Pfennig dafür übrig zu haben. Das ist aber der Unverstand der Massen, womit wir hier am Orte sehr rechnen müssen. Darum Kollegen, sei Jeder von uns ein Organisator und Agitator, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Pirna. Die Verhältnisse am hiesigen Orte sind keine rosig. Es kommt vielfach vor, daß Tischler Sonnabends mit 8, 10 und 12 nach Hause gehen, und doch sind trotz dieser Verhältnisse viele Kollegen nicht zu bewegen, sich dem Verband anzuschließen. Es hat sich ja gegen früher etwas gebessert mit der Mitgliederzahl, jedoch ist noch eine große Anzahl vorhanden, die dem Verband fern steht. Bezüglich Erhöhung der Beiträge beschloß die letzte Mitgliederversammlung, den Beitrag auf 20 $\frac{1}{2}$ zu erhöhen, denn sie hielt eine minimale Erhöhung der Beiträge im Interesse der Kampffähigkeit des Verbandes für eine unumgängliche Nothwendigkeit. Vielleicht kommen die noch fernstehenden Kollegen auch hier zu der Einsicht, daß es notwendig sei, sich dem Verband anzuschließen, damit bessere Verhältnisse geschaffen werden können.

An die Zahlstellen von Hessen u. Hessen-Nassau.

Wir theilen den Zahlstellen und Verwaltungen hierdurch mit, daß die diesjährige Landeskonferenz am Sonntag, den 31. Januar, in Frankfurt a. M. im Hofhaus „Zum Reßhof“, Krugasse 4, Morgens 9 Uhr, stattfindet. Wir eruchen nun die Zahlstellen, Stellung dazu zu nehmen und die Wahl der Delegirten vorzunehmen. Auf jedes angejangene Hundert Mitglieder entfällt ein Delegirter. Die Tagesordnung wird noch durch Hirtsfar bekannt gegeben und eruchen wir, event. Anträge zu derselben baldigst einzulenden. Gleichzeitig eruchen wir die mit ihren Beiträgen im Rückstand befindlichen Zahlstellen, diese bis zum 27. Januar einzulenden, damit der Konferenz eine abgeschlossene Abrechnung vorgelegt werden kann.

J. A.: L. Wendrich, Vorsitzender, Gladstr. 13, part.

Eingekandt.

Zum Lauterberger Streik.

Ueber machen wichtige Faktoren im wirtschaftlichen Kampfe es recht oft unmöglich, die Vorgänge immer bis in die kleinsten Details der Deutlichkeit unterbreiten zu können. Daher ist auch das lange Hinausschieben einer genauen Darlegung seitens des Hauptvorstandes über Verlauf und Ende des Lauterberger Streiks, sehr erklärlich. Die „Entscheidungen“ über das „schmähliche“ Ende dieses großen Streiks, waren seinerzeit fast überall dort zu finden, wo man dem Verlauf desselben wenig oder gar keine größere Beachtung geschenkt hatte. Dann mit einem Male, als das Ende kam, die Ausweisung Erfurths, die formelle Unterschrift des Meyers usw. „entzweite“ man sich, aber eigentlich mußte man wohl nicht weshalb. Mit dem Leiten eines Streiks ist es ein eigenthümliches Ding, nicht immer gelingt es zur Friedlichkeit Aller, seiner Pflicht zu genügen. Die Pflicht, — zwar keine besonders angenehme — der drei Vertreter des Verbandes, welche die Beilegung des Streiks in L. betreiben mußten, war es, so und nicht anders zu handeln, als es am 13. Oktober geschah. Ich würde nicht noch jetzt in dieser Sache Einiges geschrieben haben, wenn nicht das eigenthümliche Verhalten des „ausgewiesenen“ Erfurth dieses herausforderte. Nicht durch eine einzige wahrheitsgemäße Darlegung hat er sein Verhalten und seine Stellung zu den Abmachungen dargelegt. Obwohl jeder andere Kollege, welcher mit der Leitung eines solchen Zustandes betraut gewesen wäre, eine solche schweigende Bredensamkeit nicht an den Tag gelegt haben würde. Die „Magdeburger Volkstimme“, die Ablagerungsstätte für im „preussischen Unteroffizierston“ gehaltene Journalistisch-unanständige Erzeugnisse, nahm sich des „Ausgewiesenen“ an. Nun, treue Seelen finden sich auch hier zusammen. Die Doppelzüngigkeit Erfurth's, die wir hier einmal beleuchtet werden. Als auf dem Parteitage zu Gotha, Genosse Dahlen-Halberstadt, die Sache in einer Weise zur Sprache brachte, die keineswegs geeignet war die Angelegenheit objektiv prüfen zu lassen, entschloß ich mich, per Draht in Stuttgart anzufahren; leider konnte mir Näheres nicht mitgetheilt werden. Der Stein, nun einmal in's Rollen gebracht, verurachtete eine Besprechung der Delegirten, welche Mitglieder des Verbandes waren. Die erste Zusammenkunft mußte verschoben werden, die zweite fand statt, als wider Erwarten der Parteitag schon geschlossen war. Gut zwei Duzend Kollegen waren unserer Einladung gefolgt und fanden sich zu einer Beratung ein. Im Laufe der Auseinandersetzungen behauptete Erfurth, seine Zustimmung zur Abreise nicht gegeben zu haben. Auf eine direkte Frage meinte er: „Ja, vor langer Zeit habe er einmal gesagt, er wolle eventuell Lauterberg verlassen.“ Dieses machte Verschiedene stutzig und die Besprechung vertiefte wie das Hornberger Schicksal. Man traute auch der Darstellung Erfurth's nicht mehr. Also wohlgerührt, Erfurth hat nach den Dar-

legungen des Hauptvorstandes am 11. Oktober erklärt, zurückzutreten, am 16. Oktober behauptet er uns gegenüber, seine Einwilligung nicht gegeben zu haben. Ja, es wurde sogar so dargestellt, als wenn Erfurth erst nachträglich von seiner „Ausweisung“ etwas erfahren habe. Ich überlasse es dem Urtheil der Mitglieder, über ein solches Verhalten sich ihre Meinung zu bilden. Wenn es Jemandem so sehr abgeht, objektiv etwas darstellen zu können, dann ist es kein Wunder, wenn er Vorstand usw. hinter's Licht führt. Bedauert kann nur werden, daß wir außer Stande waren, auf dem Parteitage die schweren Vorwürfe Dahlen's zurückzuweisen zu können, und daß andererseits man draußen im Lande viel zu leicht geneigt ist, den Schlagwörtern eher Gehör zu geben, als den objektiven Darstellungen der Beauftragten des Verbandes. Besonen will ich noch, daß sowohl Legien, Meißt usw. mit mir einer Meinung waren, es sei etwas faul gewesen, man solle nicht eher „geharnischte“ Resolutionen fassen, bevor man auch die Ungegriffenen gehört habe. Erfurth's Verhalten hat das vorliegende Resultat selbst verschuldet. Carl Schreck, Bielefeld.

Halberstadt, 18. Dezember 1896.

In Nr. 51 unseres Fachblattes veröffentlicht der Verbandsvorstand einen Artikel, „Der Streik zu Lauterberg“, wodurch ich gezwungen bin, Einiges darauf zu erwidern: Ich hätte schon früher das Wort genommen, wenn ich nicht gehofft, daß unser „Opferkamm“ Erfurth gegen die vielen Anschuldigungen, die gegen ihn erhoben, selbst einmal sich gewehrt. Meine Person ist in den letzten Artikel mit hinein gezogen, als ob ich in Gotha die Unwahrheit gesagt hätte. Erfurth wird der Vorwurf gemacht, daß er es verschuldet, daß ich Beschuldigungen gegen unseren Verband erhoben, die unwidersprochen in die Welt hinausgingen und Erfurth die Pflicht unterlassen, auf dem Parteitag die Wahrheit zu sagen. Hieraus kann ein jeder Leser die Schlussfolgerung ziehen, als ob ich auf dem Parteitag Unwahrheiten gesagt hätte.

Zur Steuer der Wahrheit Folgendes: Erfurth und Peins mußten den 18. Oktober nach Göttingen zu einer Gerichtsverhandlung, und da sie denselben Tag nicht nach Gotha zurück konnten, fuhr sie nach Lauterberg, und wurde mir von Peins über die Vorkommnisse Folgendes berichtet: „Als wir Abends 6 Uhr in Lauterberg eintrafen, erfuhren wir, daß Abends Versammlung sei, wo die bekannten Friedensbedingungen zur Annahme empfohlen werden sollten und, man denke, mit der Bedingung, daß Erfurt nebst Frau und Kindern in 14 Tagen Lauterberg zu verlassen hat und zwar ohne meine Zustimmung. Ich hatte ja wohl schon früher mal, und zwar beim Beginn des Streiks erklärt, daß ich meinen Posten als Bevollmächtigter zu jeder Zeit niederlege, wenn ich der Stein des Anstoßes bin.“ Ich würde ja auch im schlimmsten Fall Lauterberg verlassen, denn nach dem jetzigen Ausgang des Streiks werden die Fabrikanten es nicht bilden, daß die Arbeiter bei mir kaufen, aber meine Einwilligung habe ich nicht dazu gegeben.“

Da ich mich zum Wort beim „Arbeiterklub“ gemeldet, und Peins und Erfurt annahmen, daß sie nicht mehr um Wort kämen, wurde ich von ihnen aufgefordert, diesen schmachvollen Abbruch in Lauterberg zur Sprache zu bringen. Dies der Sachverhalt. Erfurth konnte mir also nicht widersprechen, sondern was ich gesagt, habe ich in seinem Namen gethan. Ich schwieg nachdem, um die Geschäfte nicht noch breiter zu treten, habe aber den Holzarbeiterverband nicht beschuldigt, sondern habe meine Mißbilligung über die Abmachungen der drei Vertreter ausgesprochen. Das sind Gefühlsachen, die man Niemandem vorzureden kann, so wenig ich die drei Vertreter dauernd hasse, oder ich selbst die von den Vertrauensresolutionen benetzte. Sonstige zum Ausdruck gekommene Ansichten im Artikel übergehe ich, denn die Geschmäcker des Publikums sind verschieden. Robert Dahlen.

Erwidernng.

Auf das Eingekandt des Wurstenfabrikanten J. Voeß aus Freilich a. Rh. habe ich Folgendes zu entgegnen. Wenn Herr V. sagt: Der eine Kollege hätte den Meister aus der Fabrik treiben wollen, um die Meisterstelle zu erlangen, so irrte er. Gerade der Meister wollte ihm die Stelle abtreten, aber der betreffende Kollege wollte sie garnicht haben, denn für M. 3 pro Tag wollte er nicht Meister sein, sich den ganzen Tag schlumpfen lassen und obendrein für Alles haftbar sein; M. 3 verdiene er auf einer anderen Stelle als Geiße auch. Herr Voeß sagt ferner, daß der betreffende Geiße Montag, nie gearbeitet habe, das Gegenheil in der Fall; er war es, der regelmäßig immer an Montagen gearbeitet hat. Herr Voeß brüht sich, daß er für Peins M. 1.50 zahlt, vergißt aber dabei zu sagen, daß für diesen Preis auch noch ausgesetzt und beschnitten werden muß. Der Preis ist thatsächlich niedriger als ohne diese Arbeit, M. 1.40. Für Einziehen, schreibt Herr V., bezahle er 60 und 65 $\frac{1}{2}$, ja, wenn man die Futharen mit in den Schlafrum nimmt und am Vohntage nicht ganz gemüthlich bleibt, dann bekommt man 65 $\frac{1}{2}$, sonst aber nicht. Für Doppelschrubber bezahle Herr V. 80 $\frac{1}{2}$, aber was ist das für eine Arbeit; wer nicht darauf eingearbeitet ist, bringt es pro Tag nicht auf M. 1.50 und mochten sollen dann, Herr Voeß, M. 20 für Kost und Logis in 14 Tagen bezahlt werden? Da die Kollegen von Herrn V. weg sind, läßt er alte Frauen und Männer onlernen, er wird ja bald erfahren, daß er jetzt noch bedeutend schlechter fährt. G. Watter, Wurstenmacher.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Der Streik in den Stnifabriken in Eisenberg S.-A., schreibt man uns, ist beendet. Die Tischler und Buchbinder haben am 14. Dezember (jämmtlich bei Vindner's Nachfolger) die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen, nachdem sich Herr Schneider (J.-h.ber obiger Firma) durch Unterschrift verpflichtet hat, vom 1. April 1897 ab die gestellten Forderungen zu bewilligen, da mit diesem Tage das Versprechen über die Verpflichtungen außer Kraft treten dem Ringe der Fabrikanten gegenüber. Etwas kritischer sieht es in den anderen Fabriken aus. Herr Obft hat den vorstelligen Arbeitern erklärt, daß er vielleicht drei Mann wieder einrücken würde, mehr könnte er nicht brauchen, und diese würde er sich aussuchen. Vorläufig hat nur Einer die Arbeiter bei Obft aufgenommen, welcher durch das Schreiben des Hauptvorstandes, wonach die Unterstutzung aufhören sollte, entmuthigt war. Zwei von den Streikenden haben selbstständig angefangen, vielleicht kommen da noch einige unter. Tischler sind nur noch zwei ausständig, für uns ist der Streik nicht mehr von großer Bedeutung. Zu

zug kann ja noch längere Zeit ferngehalten werden, damit diese zwei zunächst noch untergebracht werden.

20 Zimmerleute legten an der Thierärztlichen Hochschule in Hannover die Arbeit nieder.

Die Dresdener Tischler rüden sich nun, im kommenden Jahre in eine Lohnbewegung einzutreten. Behufs Beschaffung positiver Feststellungen in Bezug auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse in dieser Branche sind neuerdings wieder von der gewählten statistischen Kommission Erhebungen speziell in der Bautischlerei gemacht worden. Die Bautischler arbeiten fast durchweg im Akkord. Die Differenzen zwischen den höchsten und niedrigsten Löhnen für ein und dieselbe Arbeit betragen in vielen Fällen 50 bis über 100 pKt. Diese Spezialstatistik für die Bautischler wird als Grundlage für event. von den Gehilfen aufzustellende Forderungen einen wesentlichen Faktor bilden. Die Organisation der Holzarbeiter zählt in Dresden ja. 1800 Mitglieder.

Ein Musterarbeitgeber ist der Korbmachermeister F. Heinide in Vornen und Muster-Audkollegen seine Gesellen Bernhard Proff und Theod. von Heiden. Bei Heinide trat ein Kollege Namens Herm. Müller vor einigen Wochen in Arbeit. Die Arbeitszeit währte von Morgens 7 bis Abends 8 Uhr, der Lohn betrug pro Woche nebst Kost und Logis M. 6,50. Die Kost war gut zu nennen; allerdings gab es Sonntags Nachmittags für Rechnung des Meisters nichts zu essen. Das Logis ist außer zum Schlafen zum Aufenthalt nicht geeignet, weil nicht heizbar, und außerdem so klein, daß außer dem Bett, in dem zwei Mann schlafen, nur so viel Platz ist, daß, wenn der Eine die Stiehl ausziehen will, der Andere sich so lange in die Ecke drücken muß. Doch sollen, wie der Kollege mitteilt, die Verhältnisse in Bezug auf Logis bei Korbmachern manchmal noch schlechter sein. Er würde auch den Winter hindurch bei Heinide in den „lauren Apfel“ gebissen, d. h. ausgehalten haben, wenn er nicht von dem Proff, der ein sehr frommer und willfähriger Mensch ist, denunziert und von Heinide entlassen worden wäre. M. hatte nichts weiter zu dem P. gesagt, als daß die Arbeiter an den traurigen Umständen und Arbeitsverhältnissen meistens selbst schuld seien, da sie keiner Organisation angehörten und, so wie er, sich lieber von den Pfaffen auf den Himmel verdrücken ließen, anstatt auf der Erde für ein menschenwürdiges Leben zu sorgen. Der biedere Meister hatte nichts Giltiges nach Ueberbringung dieser Worte zu thun, als M. zu entlassen. Er dulde nicht, daß einer seiner Gesellen zum Eintritt in den Verband gezwungen (?) werde. Nachdem wiesete sich denn auch noch der Th. von Heiden, der den Kollegen M. mit geistigen Waffen à la Jesuit bekämpfen wollte. Ob dies das Schutzmanns-Vorgehen für den Kandidaten der Hermandad sein sollte, weiß M. allerdings nicht, er vermutet das aber, da v. S. Schutzmann werden will. Wie dem auch sei, M. ist hinausgeführt von dem Muderer-Audkollegen und wird sich anderswo Unterkommen suchen. Er bedauert nur die „frühe Einfalt“ seiner bekommenen Mitarbeiter, die sich von dem biederen Heinide nach Herzenslust ausbeuten lassen, anstatt einzusehen, daß der durch ihre Tüchtigkeit hinausgeworfene Arbeitskollege nur ihr Bestes wolle.

Die Berliner Drechslermeister sind an der Arbeit, die ihren Gesellen vor kurzem bewilligten Forderungen wieder rückgängig zu machen. Mehrere Werkstätten, in denen permanent Ueberstunden gemacht wurden, sind gesperrt, und zwar Friedrichs-, Dianenstraße, Hölper-, Seydelstraße und Schmidt, Reichenbergerstraße.

Der Tischlergeselle Hünze, Streikbrecher in der Fricker & Rosmann'schen Fabrik Berlin, ist von dem Tischlergesellen Emil Köhlig angehalten und aufgefordert worden, nicht in der Fabrik zur Arbeit anzutreten. Als H. dies dennoch that, soll ihn Köhlig am Abend etwas unsanft mit den Fäusten bestraft haben. Dafür muß H. zwei Wochen brummen.

Der Musikinstrumentenarbeiter-Streik in Berlin hat M. 50 442 54 gekostet. Die Einnahme betrug M. 51 271 54. Auf Sammelkassen der Lohnkommission sind gegen M. 21 000 und von den Gewerkschaften Berlin und der Umgegend zirka M. 14 000, zusammen zirka M. 35 000, aufgebracht worden, von Privatpersonen, die nicht genannt werden wollten, zirka M. 112. Zwei Fabrikanten, welche die Mitglieder der Lohnkommission als „Bog-bunden und arbeit-scheues Gesindel“ beschimpft hatten, wurden zu M. 50 verurteilt. Auf eine Anregung Bloß's, um den Hörnern eine Gemüthlichkeit zu verschaffen, verließ der Kassierer die einzelnen Posten der Entschädigung für die Mitglieder der Lohnkommission, woraus zu ersehen ist, daß die Unkosten außerordentlich gering waren. Nach kurzer Diskussion über die einzelnen Posten wird dem Kassierer Entlassung erteilt. Eine weitere, sehr ausgedehnte Diskussion, an der sich eine Anzahl Redner, darunter auch Müllers, beteiligten, entspannt sich über zwei Anträge: Von dem Bestand M. 800 der Gewerkschaftskommission zu überweisen; ferner in Uebereinstimmung damit die Einziehung der Zinsen, sowie das ganze Material der Liquidationskommission und die fernere Schuldentilgung dem Fachverein der Musikinstrumentenarbeiter zu überweisen, die alsdann einstimmig angenommen wurden. Die Einwendungen gegen das angeblich hohe Konto von M. 192 wurden als ungerathen zurückgewiesen, da dies bei der Haft und dem Gedränge bei der Auszahlung so vieler Beträge und einer so hohen Gesamtsumme nur 1/10 pKt. ausmache, während sonst 2 pKt. als Konto dem Kassierer unter ruhigen Verhältnissen vergütet werden.

„Treu in der Arbeit“ überschreibt „Günter's deutsche Tischlerzeitg.“ folgende Notiz: „Hamburg. Am 6. Dezember feierte der Tischler Otto Ordnung in 25-jähriges Arbeiterjubiläum bei der Altbefirma C. Kobrow, Poststraße 36/37. Der Jubilar wurde durch ein Angebinde seit es Prinzipals erfreut und der Tag in feierlicher Weise im intimen Kreise begangen. Es werden noch einige Arbeiter bei Herrn Kobrow beschäftigt, die gegen 20 Jahre in der Fabrik thätig sind, gewiß ein gutes Zeichen des Einverständnisses zwischen dem Chef und seinen Arbeitern.“ Wir können augenblicklich nicht sagen, ob der betreffende Otto Ordnung Werkführer in jener Fabrik ist, auch nicht, ob wirklich noch mehr Tischler gegen 20 Jahre bei Herrn Kobrow thätig sind. Jedenfalls, und darin stimmen wir mit obiger Zeitung überein, kommt es sehr selten vor, daß Arbeiter so lange Jahre bei einem Arbeitgeber beschäftigt sind. Daß sie aber,

wenn sie im Dienste des Arbeitgebers alt und grau geworden, ihre Kräfte im Interesse des Arbeitgebers Wohlbefindens aufgebraucht, auf's Straßenpflaster gesetzt worden sind, in mit wenigen Ausnahmen immer der Fall. Ob es denen, die bei Herrn Kobrow treu in der Arbeit waren, 25 und 20 Jahre, auch einmal so ergehen wird, wollen wir nicht hoffen. Früher stand die Werkstatt des Herrn K., der damals in den 80er Jahren Nähmaschinen fabrizierte, bei den Arbeitern nicht gerade im besten Rufe. Man sah häufig genug, daß noch spät bis in die Nacht hinein gearbeitet wurde, — der Verdienst war aber der langen Arbeitszeit nicht entsprechend. Es mag ja heute dort etwas angenehmer geworden sein. (17)

Der Verein der Korftarbeiter in Hamburg hat sich dem Verbands deutscher Korftarbeiter, Sitz Frankfurt-Bodenheim, angeschlossen. Die Meinungsverschiedenheiten und sonstigen Streitigkeiten zwischen den Anhängern des Lokalvereins und den Freunden des Zentralverbandes sind durch Beeren mehrerer Fässer Bier, zu denen M. 23 aus der Lokalkasse entnommen wurden, beseitigt worden. Nachdem das Faß geleert, wird Protest gegen die Verwendung von Vereinsgeldern zu solchen Zwecken erhoben, auch von denen, die kräftig mitgezogen haben. Einer der Angerempelten erklärt nun in der „Wasserzeitung“, daß es nur ein Protest gegen den auf M. 50 gestellten Antrag zu sein scheint. Und da verübelte man es uns von Seiten der Korftarbeiter, als wir vor Jahresfrist von „Verbandsgenießerei“ sprachen!!

Die Vergolder einer größeren Firma (Hirth & Boland) in Prag haben die Arbeit eingestellt und werden den Ort verlassen. Vor Bezug dorthin wird gewarnt.

Der Niederländische Allgemeine Möbelarbeiter-Bund hält vom 20.—26. Dezember d. J. in Utrecht seinen Verbandstag ab. Es handelt sich vornehmlich um die Gründung einer Arbeitslosenunterstützungskasse. Der Beitrag soll nach der Vorlage pro Woche 1 Gld. = 1,75, betragen und die Unterstützung pro Tag 1 Gulden = M. 1,70. Die Unterstützung soll im Jahr für nicht länger als 24 Tage gezahlt werden.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Der Hamburger Hafenarbeiterstreik dauert fort. Am 19. Dezember fanden fünf Versammlungen der Streikenden statt. Die Abstimmung darüber, ob der Streik beendet werden oder fort dauern solle, ergab für Aufhebung 3671, für Weiterführung des Streiks 7265 Stimmen. Grund zu der Abstimmung gab das Versprechen des Senats, daß nach Beendigung des Streiks in eine Beratung über die Arbeitsverhältnisse der Hafenarbeiter seitens der Arbeitgeber eingetreten werden würde. Alle weiteren Versuche den Streik gütlich beizulegen, waren erfolglos.

Der Streik dauert also ungeschwächt fort: Zugang ist allseitig fernzuhalten, desgleichen ist die weitere Unterstützung der Streikenden dringend notwendig.

Die Arbeiter erwarteten, daß die 3671 Streikenden, welche für Ausnahme der Arbeit gestimmt hatten, am Montag Morgen in hellen Häusen sich zur Arbeit drängen würden; selbgeschlagen. Ganze fünf Mann gegen geilenkies Hauptes an ihre früheren Arbeitsstellen. Die übrigen 3668 Mann und die weiteren 7000, welche nicht zu den Versammlungen kommen konnten, wählten zu den 7265 Mann, die für Fortführung des Streiks gestimmt hatten.

Der Hamburger Buchbinderstreik ist für beendet erklärt. Die Sperre über sämtliche Geschäfte aufgehoben. Zugang ist noch fernzuhalten, da noch ja. 110 Arbeiter beiderlei Geschlechts arbeitslos sind.

Die berufsmäßigen Agitatoren. Die Vertrauens-Kommission der Verwaltung der Berliner Metallwaaren-Fabrikanten hat gestern an die Unternehmer ihrer Branche das folgende, als „Vertraulich“ bezeichnete Schreiben verandt: „Sehr geehrter Herr! Wie Sie aus den Tagesblättern ersehen haben werden, wird von Seiten der berufsmäßigen Agitatoren wiederum beabsichtigt, in nächster Zeit durch allgemeine Arbeitseinstellung in sowohl die Arbeitgeber als auch die beionenen Arbeitnehmer in ihrem Gewerbe zu schädigen. Auf unsere Jndustrie ist es zunächst abgesehen. Es ist daher eine unbedingte Nothwendigkeit, daß die Fabrikanten der einzelnen Branchen sich zu gegenseitigem Schutz eng aneinander schließen. Sowohl im Kontinentalen Luthmarerstreik, als auch hier vor wenigen Wochen bei Gelegenheit des Lithographenstreiks, hat es sich gezeigt, daß nur durch das zielbewusste Zusammenhalten der Arbeitgeber in geschlossenen Verbänden der einzelne Fabrikant gegen die ihm drohende Gefahr der endlosen Schädigungen geschützt werden konnte. — Durchdrungen von der Nothwendigkeit, auch für unsere Industrie einen festen Zusammenhalt zu schaffen, hat sich, wie wir bereits durch Zirkular mittheilten, am 5. Oktober cr. die Vereinigung der Berliner Metallwaarenfabrikanten gebildet, welche heute schon 130 Mitglieder, die über 8000 Arbeiter beschäftigen, umfaßt. Wir rufen daher wiederholt das dringende Eruchen an Sie, sowohl im allgemeinen als auch in Ihrem eigenen Interesse unserer Vereinigung sich als Mitglied anzuschließen. Das neue Geschäftsjahr beginnt mit dem 1. Januar und bitten wir Sie, bei unserer Geschäftsstelle, Alexandrinenstr. 38, schon jetzt Ihren Beitritt anzumelden und dort oder bei einem der Unterzeichneten die Bedingungen und Satzungen zu verlangen. Postzustellungsboll Vereinigung der Berliner Metallwaaren-Fabrikanten. Die Vertrauenskommission. A. Hegewald, Vorsitzender.“

Die Unternehmer koaliren sich unter dem freundwilligen Schutz des Staates der Sozialreform, der in Herrn v. Boetticher einen so unparteiischen Mediationsmann besitzt, in der festen, um dem Arbeiter die Ausnutzung des Koalitionsrechtes unmöglich zu machen. Aber aller Unternehmereifer und alle Schmeicheleien sind dennoch nicht im Stande, den berufsmäßigen Agitatoren das verderbliche Handwerk zu legen. Im Gegenheil, je mehr die Unternehmer triumphiren, je ärger treiben diese unter dem Namen Hunger, Elend und Ueberanstrengung fast jedem Arbeiter bekannten unheimlichen Gesellen ihr verwünschendes Weien. Da es nun den Kapitalisten nimmer gelingt, diese berufsmäßigen Agitatoren müde zu machen, und da auch der Staat unfähig ist, sie

aus dem Lande zu werfen, so muß der Arbeiter selber sehen, wie er sie unschädlich mache. Dies kann nur geschehen, wenn er allen Hindernissen zum Trotz es den Unternehmern gleich thut und in kräftigen Organisationen mit eiserner Energie seine Interessen vertritt.

Wegen „Heerei“ wurden in Hannover ja. 50 Arbeiterinnen der hannoverschen Baumwollspinnerei und Weberei sofort entlassen. Sie hatten, wie verlautet, weiter nichts gethan, als sich über den nach ihrer Ansicht zu geringen Lohn besawert.

Steinarbeiter-Kongress. Die organisirten Steinarbeiter Deutschlands berufen auf den 24. Januar und die folgenden Tage einen Kongress nach Hof i. B. ein. Tagesordnung: 1. Bericht der Geschäftsleitung und Diskussion; 2. Agitation; 3. Organisation; 4. Streiks; 5. Organfrage; 6. Statistik; 7. Wahl eines Geschäftsleiters und eines Generalstifters.

Das Obligatorium des Fachblattes der deutschen Schuhmacher ist mittels Urabstimmung mit 2560 gegen 1628 Stimmen angenommen. Es betheiligten sich trotz vieler wichtiger Entschuldigungen nur 30 pKt. der Mitglieder des Schuhmacherverbandes an der Abstimmung.

Der große schwedische Zigarrenarbeiter-Ausstand, welcher sich über die Hauptplätze der Zigarrenfabrikation erstreckt, ist in der Hauptsache für die Arbeiterschaft siegreich verlaufen. In dem Friedensvertrage wurde nämlich ausdrücklich anerkannt, daß es Arbeitern, welche bei Mitgliedern des Fabrikantenrings in Arbeit stehen, nicht verboten ist, dem Fachverein anzugehören. In der Lohnfrage mußten sich die Arbeiter hier und da zu Zugeständnissen verstehen.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die wegen angeklagten Weineids vom Schwurgericht zu Essen verurtheilten Bergleute Schröder und Genossen ist vom Reichsanwalt Niemeyer zu Essen beantragt. Der Bertheidiger ist von der völligen Unschuld der zu Zuchthausstrafe Verurtheilten, ebenso wie Willkuren andere nicht zur Sozialdemokratie Gedrögte durchdrungen. Der Wiederaufnahme Antrag stützt sich auf eine Reihe neuer Thatsachen. Es wird u. A. auf das im Reichsstag erwähnte Urtheil des Landgerichts zu Köln vom 10. Juni 1896 Bezug genommen. In demselben sprechen fünf gelehrte Richter auf Grund einer umfassenden Beweisaufnahme ihre Ueberzeugung dahin aus, daß die von Schröder und Genossen beschworenen, von Müller in Uebereinstimmung mit der Möglichkeit, daß Schröder infolge eines Stoßes oder Schlags zu Fall gekommen ist, besteht und nicht widerlegt ist. Der Wiederaufnahme-Antrag benennt ferner acht neue Zeugen, die die Richtigkeit des vom Genossen Schröder beschworenen bekunden sollen. Zwei rechtskräftige Urtheile rechtsgelehrter Richter — nämlich ein Urtheil der Strafkammer zu Bochum und ein Urtheil der Strafkammer in Dortmund — werden ferner in dem Antrag angezogen. Beide Urtheile — also 10 Richter — sprechen sich über die Glaubwürdigkeit der Aussagen des Genannten Müller aus. Das Dortmunder Gericht stellt auf Grund eines umfassenden Beweises u. A. fest, daß Müller „thatsächlich bei seiner Vernehmung als Zeuge wiederholt hochgradige Bergesellschaftlichkeit bewiesen hat“. Beide Urtheile gelangen zu dem Ergebniss, daß der Hauptbelastungszuge im Prozeß Schröder, Genannte Müller, in Tingen, die seine eigenen Handlungen betreffen, objektiv unglaubwürdig sei. Uns scheint, als ob die neu angeführten gerichtlichen Urtheile allein schon die völlige Unschuld der unserer festen Ueberzeugung nach unschuldig im Zuchthaus Schwachtenden beweisen. Trotz der schon heute bestehende außerordentlichen Schwierigkeit, einen gerichtlichen Fehlpruch durch Wiederaufnahme-Verfahren zu beseitigen — die Justiznovelle will bekanntlich die Schwierigkeit noch erhöhen — gelangt es hoffentlich dem Bertheidiger der schwer geprüften unschuldig Verurtheilten, eine Wiederaufnahme des Verfahrens und eine Freisprechung der Opfer heutiger Justiz durchzusetzen.

Die Berufung des früheren Redakteurs des „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“, A. Gsch, gegen das Urtheil des Schöffengerichts, von dem er wegen Beleidigung des Buchdruckers Döblin zu einem Monat Gefängnis verurtheilt war, kam am 9. Dezember in Leipzig vor der Strafkammer zur Verhandlung. Der Vorsitzende des Gerichtshofes erklärte bei Eintritt in die Verhandlung, daß der Gerichtshof in einer Vorberatung über die Klageacte übereinstimmend beschlossen habe, den Parteien einen Vergleich vorzuschlagen, der die Ehre des Klägers reparire, den Beklagten aber nicht demüthigen dürfe. Er brachte eine zu diesem Zweck vom Beklagten abzugebende Erklärung zur Verlesung, wonach dieser schriftlich, daß er nicht habe sagen wollen, daß der Kläger von der Polizei u. s. w. abhängig sei.

Nach längerer Verhandlung, worin der Vertreter des Beklagten Rechtsanwalt Dr. Krause darlegte, daß der Beklagte überhaupt nichts Anderes habe sagen wollen, als daß der Kläger gegen die Behörden und Unternehmern zu viel Entgegenkommen zeige, denn er (Döblin) sehe auf dem Boden der sogenannten Hirsch-Dundarianer, während der Beklagte den sozialistischen Standpunkt des Klagentemples behaupte, kam der Vergleich in der vorgeschlagenen Fassung zu Stande. Der Beklagte nahm auf Anspruch des Gerichtshofes überdies die hinzugefügte Bedingung des Klägers an, an die Kasse des Vereins Leipziger Buchdruckergehülfen für die Arbeitslosen eine Buße von M. 50 zu zahlen.

Den „politischen“ Gewerkschaftsvereinen möchte man doch zu gerne etwas anrücken, wie folgendes Vorkommniß zeigt: In Ludenwalde befindet sich eine Kasse des Unterstützungsvereins deutscher Hutmacher etc. Derselbe wollte ein Erlösungsfest abhalten. An demselben sollten „Frauen-Perionen, Lehrlinge und Sailer“ nicht thätig nehmen, weil es sich um einen politischen Verein handle. Aus den Reihen, die in dem vom Verein während der Streikbewegung und später veranstalteten Versammlungen gehalten worden seien, gehe das hervor.“ Regierungspräsident wie Oberpräsident der Provinz Brandenburg wiesen eine Beschwärzung zurück, während das Oberverwaltungsgericht die Polizeiverfügung aufhob. „Es lasse sich nicht erkennen, daß politische Erörterungen in den Vereinsversammlungen der Filiale stattgefunden; durch gelegentliche politische Aeußerungen sei aber nicht erwiesen, daß das mit

Wissen und Willen der Vereinsleitung gesehen ist, — Bestenfalls ist von großer Bedeutung für die gesamte zentrale Gewerkschaftsbewegung.

Der Bürstenmacher W. Schläge aus Barmen hatte sich am 11. Dezember vor dem Amtsgericht in Ohligs wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern zu verantworten. Selbiger hatte vom November 1895 bis Juli 1896 nach und nach A. 80,50 Verbandsgelder unterschlagen. Nachdem er mehrere Male aufgefordert war, zu berichten, und ihm Ratenszahlungen gestattet wurden, da er aber der Zahlung nicht pünktlich nachkam, und dann am 1. August Ohligs den Rücken lehnte ohne sich abzumelden, wurde am 4. August Anzeige erstattet. Der Amtsanwalt beantragte 14 Tage Gefängnis, da er das Vertrauen seiner Genossen schwer getrübt habe. Das Gericht billigte ihm milde Umstände zu und erkannte auf 10 Tage Gefängnis und Tragung der Kosten des Verfahrens.

Technisches.

Stückbaumaterial-Imitation auf Flächen und gedrehte Holzarbeiten. Nachdem der zu beizende Gegenstand ohne viel Aufwand geschliffen ist, wird er, so schreibt die „Deutsche Drechslergeitung“, mit Hilfe eines mit einer übermanganlauren Kalilösung befeuchteten und wieder gut ausgebrühten Schwammes ziemlich trocken betupft. Den Schwamm fäht man am besten in eine feleartige Holzfülle oder dergleichen, damit man die Hände schon, welche das übermanganlaure Kali sonst stark angreift. Das Reupfen darf aber nur soweit geschehen, daß noch reichlich weiße Fäden zwischen den braunen Lagen bleiben. Hierfür kränkt man mit Arkanwurzelöl und poliert leicht an. Nachdem dieses geschehen, betupft man abermals mit einem gut ausgebrühten Schwamm, welcher aber nicht mit Kali wie vorher, sondern mit in Spiritus gelöster, filtrierter Lösung von

bestem Bismarckbraun getränkt ist. Nachdem der Gegenstand kurze Zeit getrocknet, legt man das Polierverfahren vorsichtig fort, immer etwas Bismarck aufzubereitend, damit eine ordentlich glatte Decke erzielt wird. Nach jedesmaligem Polieren betupfen die nötigen Stellen, wie vorhergehend gesagt. Dadurch, daß sich die Lappen nur immer theilweise wieder bedecken, entsteht die schöne Malerung. Bei einiger Übung geht die Arbeit schnell und glatt von Statten.

(Laboratorium der „Deutschen Drechslergeitung“.) Flecken an Tannendalzfäselungen. Das in größerer Menge in den Keilen des Holzes vorhandene Terpentin schmilzt bald durch den Anstrich aus und bildet ebensowohl Flecken, als Risse vorhanden sind, wenn man keine Vorsicht gebraucht, um diesem Uebelstande zu begegnen. Durch folgendes in der „Maler-Zeitung“ mitgetheilte Verfahren, werden diese Fäden vermieden: Man verfährt zu gleichen Theilen geschichteten Kalk und Mintum in so viel Wasser, um eine flüssige Masse zu bilden, die man aber eben nicht zu dick macht. Diese Mischung erschöpft durch die kapillare Anziehungskraft beim Trocknen das überschüssige Terpentin und wird dann der Anstrich abgetragen. Will man größere Sicherheit gegen das Erscheinen dieser Fäden haben, so wiederhole man das Verfahren an der Fäselung vor dem Anstrich.

Literarisches.

Der Fabrikarbeiter und seine rechtliche Stellung, Handbuch für Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Verwaltungsbehörden und Gewerbebehörden, von Emil Wolff, Vorsitzender des Gewerbegerichts und Bürgermeistereibeigeordneter in Offenbach. Preis (gebunden) M. 2. Verlag von F. Vieweg, Frankfurt a. M. Das Buch bringt, übersichtlich zusammengefaßt und durch ein Sachregister ergänzt, Alles, was sich auf Fabrikarbeiter, den Arbeitsvertrag, die Beschlagnahme des Lohnes, die Arbeiterversicherung, die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Streitigkeiten

aus dem Arbeitsverhältnisse bezieht, ist sonach ein für alle Interessenten unentbehrlicher Rathgeber.

Die politische Holzzeit in Preußen. Bericht über die Verhandlungen im Prozeß Ledert. v. Höpov. v. Tausch. Nach fotografischen Aufnahmen. Mit Einleitung und Anhang. 96 Seiten Groß-Oktav. Preis 25 A. Porto 5 A. Verlag des „Vorwärts“, Berlin, Deutscherstr. 2. Die Verhandlungen dieses hochwichtigen Prozesses sind von dauerndem Interesse; durch Besitzung des Anhangs, in welchem wir die fälschlich dem Auswärtigen Amt zugeschriebenen Artikel der „Kölnischen Zeitung“, „Königlicher Neuesten Nachrichten“ und gegen die „Unverantwortlichen“ im Wortlaute zum Abdruck bringen, glauben wir den Werth der Schrift noch erhöht zu haben.

Briefkasten.

Ebenroben, W. Für vorige Nummer zu spät und für diese überflüssig. Im Uebrigen haben es die Mitglieder nicht ja in der Hand, sich zu rektifizieren. Barmen, S. G. Wir bitten beizugend, für die Folge nicht mit rother Tinte zu schreiben. Grabow a. O. Wir geben auf Ihren Wunsch beizugend, daß die meisten Redner in der hiesigen Mitglieder-Versammlung sich gegen höhere Beiträge ausgesprochen haben.

Quittung.

Für die stehenden Hamburger Hafenarbeiter sind bei uns fernest eingegangen: Von Holzarbeitern in Stettin M. 80, Colberg 10, Driessen 4,70, Blomberg 6,20, Wißhof (Gewerkschaften) 11,55 und Wolgast (Sozialdemokratische Partei) 25; vorher quittirt M. 310,85. Summa M. 428,30. Die Expedition der „Holzarbeiter-Zeitung“.

Berichtungs-Anzeiger.

Wraunschwieg. Sonnabend, 2. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im „Rheinischen Hof“, Bendenstraße 45. Charlottenburg. Montag, 28. Dezbr., Abends 8 1/2 Uhr, bei Feder, Bismarckstr. 74. Kottbus. Sonnabend, 2. Januar, Abends 8 Uhr, bei Ad. Grabeln, Reußstraße 2. Schmöln. Sonnabend, den 2. Januar, Abends 8 Uhr, im Restaurant „Zur Pörie“.

Anzeigen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Hamburg. Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß ihnen die Stimmzettel zur Urabstimmung über die Beitragshöhe durch die Holzportiere der „Holzarbeiter-Zeitung“ zugestellt werden. Sollte irgend ein Mitglied keinen erhalten, so hat sich dasselbe an den Kassirer seines Bezirks zu wenden. Die Stimmzettel sollen in der nächsten Woche durch die Holzportiere, durch die Bezirks-Delegirten oder auch persönlich an den Bezirkskassirer, jedoch spätestens bis 2. Januar, zurückgeliefert sein. Mitglieder, welchen die Zeitung durch die Post zugestellt wird, können die Stimmzettel ebenfalls per Post an O. Uhlmann, Marthastraße 3. 2. Et., Einsbüttel, einleiden. Die Bezirkskassirer sind am Sonntag, den 27. Dezember, Vormittags von 10—11 Uhr, zur Entgegennahme von Beiträgen usw. in den Bezirkslokalen anwesend. Die Ortsverwaltung. Regensburg. Von jetzt an befinden sich unsere Verbrüder, Arbeitsnachweis und Vertheilung im „Gasthaus zum blauen Pferd“, Kapplerstraße. Unsere Versammlungen finden regelmäßig jeden ersten Samstag und jeden Samstag nach dem 15. im Monat statt. Die Versammlung betrifft Wahl der Ortsverwaltung findet am Samstag, den 16. Januar 1897, statt. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Die Ortsverwaltung. Weidau i. Th. Bevollm. Eugen Berger, Landstr. Burgstraße 75. Kassirer August Jacobs, Tischler, Poststraße D. 7. Zugewiesene Kollegen erhalten beim Kassirer, Jacobs, von 12—1 Uhr Mittags und von 7—8 Uhr Abends die Reiseunterstützung im Vereinslokal: Robert Ehrig, am Remmert, anstehend. Verbrüder: „Herberge zur Heimat“, Überstraße.

Heinrich Maurer, denkst Du gänzlich mehr an mich? Ernst Biedermann, Kirchdorf 161a. [40 A]

Ein tüchtiger Bürstenmacher, welcher gut auf Holzwerk arbeiten kann, erhält dauernde Arbeit bei J. Flala, Briesg, Bez. Breslau.

Ein tüchtiger Bürstenmacher auf Becken und Bürsten kann sofort antreten. H. Scherer, Saargemünd i. Lothr.

Tüchtige Korbmacher finden sofort lohnende Beschäftigung auf Kugelstraße. Calm & Ahlfeld in Wehrburg.

10 Korbmachergefellern finden dauernde Beschäftigung auf Ballonstraße (Bahn 28 A) bei A. Kröbel, Stettin, Laßstraße 72.

Zeichen-Bureau! vor 9 Jahren (bez. für d. Gebiet der Tischlerei gegründet, liefert Bleistift-Entwürfe im Maßstab 1:10 nach Angabe, sowie auch naturgroße Werkstatt-Zeichnungen.

Neues Vorlagenwerk für d. Tischlerei, 20 Tafeln, nur praktische Skizzen, Maßstab 1:10, mit Kalkulation für Zeit und Material, M. 13 in Farbendruck.

Neues Vorlagenwerk f. d. Möbelschlerei, 20 Tafeln, einfach ausführbare Entwürfe, Maßstab 1:10, mit Kalkulation für Zeit und Material, M. 12 in Farbendruck.

Belehrung über korrekt zu machende Kosten-Berechnung wird jedem Werke gratis beigelegt. Ernst Kettelbusch, früher Tischler, Zeichner und Werkführer, jetzt technisches Bureau für Tischlerarbeiten, Rürnberg, Burgschmiedstraße 19.

Für Hausfrauen! Annahme aller Wollwachen aller Art gegen Lieferung von Kleider-, Unterrock- u. Mantelstoffen, Tamentuchen, Badstoffs, Strickwolle, Sortieren, Schlaf- und Teppichdecken in den neuesten Mustern zu billigen Preisen durch E. Eichmann, Gallenstraße a. S. Preisungsfähige Firmen. Außer umgehend frei.

Trockenanlagen, sowohl für Bau- als Nutzholzer, Zündhölzer, Parquet etc. liefert vorzüglich die Spezialfabrik E. Sturm, Ingenieur, Würzburg.

Genossen! Kaufft nur den Bleistift „Solidarität“ von Jean Bion, Etica bei Nürnberg.

Drechslerwerkzeug wegen Sterbefalls billig zu verkaufen. Frau Fischer, Dortmund, Jakobstraße 26.

Akazien-Stämme in Waggonladung kauft F. W. Schulz, Berlin, Kanonenstr. 81/82.

Selbstthätiger Schrankthürriegel D. R. G. M. Nr. 62912. Schließt und öffnet sich ohne Handgriff; leicht anzuschlagen! 1 Paar Proben gegen 80 A in Briefmarken. Hubert Nühren & Co., Vohentlumburg.

Dresden. Sonntag, den 27. Dezember (3. Feiertag), Vormittags punkt 11 Uhr, im großen Saale des „Trianon“: Grosse öffentliche Holzarbeiter-Versammlung. Tagesordnung: 1. Die geplante Erhöhung der Beiträge im Holzarbeiterverband. (Referat und Korreferat.) 2. Gewerbebeschleßgerichtswahlen resp. Stellungnahme dazu. 3. Gewerkschaftliches. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen, in dieser Versammlung — und zwar recht pünktlich — zu erscheinen. Herm. Fleissner, Vertrauensmann.

Paul Horn, Hamburg Fabrik chemischer Produkte. Comptoir: Hamburg, Admiralitätstrasse No. 23. Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39. Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken. Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft. Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, rauhden das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken. Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend. Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse. Paul Horn's Schellack-Politur-Extracts sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte. Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpuliren erzeugt durch einen einzigen Bullen gleiharten, blitblanken Glanz, entfernt alle Uelwolken u. verhindert unt Garantie d. Oelausschlagen Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht. Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf. Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität. Paul Horn liefert Ia. rectificirten 98% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle. Paul Horn ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“ Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889. Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechsler- u. Fachausstellung Leipzig 1890. Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus aller Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen. Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck. Verlag: A. Hölte. — Druck: Hamb. Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Nachruf. Am 16. Dezember starb im 31. Lebensjahre unser langjähriges Mitglied, Kollege Julius Werker, nach kürzestem Leiden. Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung Altraburg.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verwaltungsrath Zeitz. Zu neuen Wahlen, welches am Freitag, den 1. Januar, Abends 6 Uhr, im Schützenhaus Zeitz, stattfinden, werden hiermit alle Mitglieder und Freunde eingeladen. Die Ortsverwaltung.